



Bank
für Sozialwirtschaft

GESCHÄFTSBERICHT 2005

**BERICHT ÜBER DAS 83. GESCHÄFTSJAHR 2005
BERLIN UND KÖLN**

» MAN NEHME ...

KONZENTRATION

EMPATHIE

WISSEN

KOMPETENZ

IDENTIFIKATION

Der Erfolg eines Unternehmens lässt sich vergleichen mit dem Erfolg eines Kochs.

Die Finesse der Komposition, der unterschiedlichen Texturen der einzelnen Gänge, die Präsentation der Degustationen – ausschlaggebende Kriterien, welche ein Menu zum sinnlichen Erlebnis machen können.

Nur vordergründig ist es jedoch lediglich das gelungene, fein komponierte Menu, das einen guten Koch ausmacht. Die Gesamtheit der Speisekarte, die Stimmigkeit des Angebotes, die Art und Weise der Präsentation bis hin zum Ambiente des Restaurants – Kriterien, die ebenfalls für ein nachhaltiges Erlebnis entscheidende Bedeutung besitzen.

Ganz ähnlich verhält es sich mit Dienstleistungsunternehmen. Die einzelnen Mitarbeiter, ihr Wissen und ihre Erfahrungen sind die Zutaten. Die Produkte und ihre Präsentation, ihr gekonnter Einsatz und vielleicht deren Mischung entscheiden über Erfolg oder Misserfolg.

Wir stellen Ihnen in diesem Geschäftsbericht einige der Erfolgszutaten der Bank für Sozialwirtschaft vor.

Wir berichten nicht über ein Erfolgsrezept – sondern über die Zutaten, die in unserem Unternehmen an vielen Stellen be- und verarbeitet werden. Ohne das Engagement, ohne die Intelligenz und ohne die Einsatzbereitschaft unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter würde aus diesen Zutaten nicht jenes Menu, das Sie von uns kennen. Und von uns gewohnt sind.

» INHALT

6	ZUR STRATEGISCHEN AUSRICHTUNG
7	BFS AUF EINEN BLICK
8	AUFSICHTSRAT
9	ORGANE
10	ZENTRALBEIRAT
12	BERICHT DES VORSTANDES
12	WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN
17	SOZIALWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN
26	LAGEBERICHT 2005
36	EINBLICKE
37	ENTWICKLUNG DER TOCHTERUNTERNEHMEN
41	BERICHT DES AUFSICHTSRATES
43	JAHRESBILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2005
47	GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG
50	ANHANG 2005
61	BESTÄTIGUNGSVERMERK
62	GESCHÄFTSSTELLEN UND REPRÄSENTANZEN

» ZUR STRATEGISCHEN AUSRICHTUNG

Ihre positive Geschäftsentwicklung der letzten Jahre konnte die Bank für Sozialwirtschaft AG im Geschäftsjahr 2005 unverändert fortsetzen. Erneut sehen wir darin ein Ergebnis der eindeutigen Positionierung der Bank als Kreditinstitut und Partner des Sozial- und Gesundheitswesens.

Der Erfolg der Aktienemission war im vergangenen Jahr eines der sichtbarsten Zeichen für die externe Einschätzung der Zukunftsaussichten unserer Bank: Lange vor Ende der Zeichnungsfrist war eine deutliche Überzeichnung absehbar. Letztlich mussten sich die Interessenten mit einer Quote von 14,25 % zufrieden geben.

Die Branchenentwicklung in der Sozialwirtschaft wird unserem Institut auch in Zukunft hervorragende Wachstumsperspektiven bieten. Die Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen führen dazu, dass die Akteure im Sozial- und Gesundheitswesen generell Banken stärker in Anspruch nehmen. Geschäftsentscheidend ist hier zunehmend ein Leistungs- und Beratungsangebot, das die Branchenspezifika direkt einbezieht, z. B. in Form eines adäquaten Ratings oder einer umfassenden Kundenberatung.

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist darauf sehr gut vorbereitet. Unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht eine Leistungspalette zur Verfügung, die weit über das Kerngeschäft einer Bank hinausgeht und die die Unterstützung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit unserer Kunden zum Ziel hat. Kontinuierlich wird die Angebotspalette mit Blick auf die sich wandelnden Branchenanforderungen weiterentwickelt.

Zugleich werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig zu den finanzierungsrelevanten Veränderungen der Sozial- und Gesundheitspolitik geschult, um ihre Beratungskompetenz ständig aktuell zu halten.

Um uns intern auf die erwartete Geschäftsausweitung vorzubereiten, schaffen wir derzeit die softwaretechnischen Voraussetzungen für die Bewältigung künftiger Herausforderungen, unter anderem durch die Einführung der Standardsoftware SAP.

Wie wir im Geschäftsjahr 2005 im Einzelnen aktiv waren, um unsere Position als Spezialkreditinstitut und Partner der Sozialwirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand

» BFS AUF EINEN BLICK

	31.12.2005 Mio. Euro	31.12.2004 Mio. Euro	Veränderung in Mio. Euro	Veränderung in %
Bilanzsumme	4.228,9	3.796,8	431,3	11,4%
Eigengeschäft	4.055,3	3.629,3	425,2	11,7%
gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	106,9	78,1	28,8	36,9%
Forderungen an Kreditinstitute	115,6	111,0	4,6	4,1%
Wertpapiere	1.825,6	1.650,3	175,3	10,6%
Forderungen an Kunden	1.920,9	1.820,9	99,6	5,5%
Treuhandkredite	173,6	167,5	6,1	3,6%
Einlagen von Kreditinstituten	1.337,8	1.157,3	180,5	15,6%
Einlagen von Kunden	2.438,8	2.254,0	184,7	8,2%
• täglich fällig	1.241,0	1.218,6	22,3	1,8%
• Festgelder	1.116,4	954,3	162,1	17,0%
davon Sparbriefe	41,8	52,0	-10,2	-19,6%
• Spareinlagen	81,4	81,1	0,3	0,4%
eigene Schuldverschreibungen	30,2	34,9	-4,7	-13,5%

» AUFSICHTSRAT

- Dr. Robert Batkiewicz, Vorsitzender
Geschäftsführer der Gesellschaft für Anstaltskredit und der Stiftungen des Deutschen Caritasverbandes e. V., Köln
- Prof. Dr. Manfred Willms, Stv. Vorsitzender
Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Generalsekretariat, Berlin
- Wolfgang Altenbernd
Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Dortmund
- Christian Graf von Bassewitz,
Persönlich haftender Gesellschafter, Bankhaus Lampe KG, Düsseldorf
- Rainer Brückers
Bundesgeschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Bonn
- Dr. h. c. Jürgen Gohde
Präsident, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., Berlin
- Rüdiger Schmidtchen
Stv. Hauptgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Gesamtverband e. V., Frankfurt
- Paul-Werner Schöndorf
Finanzdirektor, Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e. V., Freiburg
- Berthold Simons
Kaufmännischer Direktor, Geschäftsführung, DRK Krankenhaus GmbH, Berlin
- Dr. Wolfgang Teske
Vizepräsident und Finanzdirektor, Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland e. V., Stuttgart
- Dr. Ernst Thiemann
Geschäftsführer i. R., Oberaudorf
- Michael Warman
Stv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V., Frankfurt

>> ORGANE

VORSTAND

- Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Köln
- Dietmar Krüger, Köln
- Nando E. Sawall, Köln (bis 4. Februar 2005)

GENERALBEVOLLMÄCHTIGTE

- Jürgen Meurer, Berlin und Köln (bis 30. Juni 2005)
- Dr. Arnd Verleger, Köln (seit 1. Januar 2006)

PROKURISTEN UND ABTEILUNGSDIREKTOREN

- Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln
- Hartmut Biering, Direktor Kreditwesen, Köln
- Heinz Eberhardt, Direktor Revision, Köln (bis 31. Juli 2005)
- Thomas Kahleis, Direktor Personal, Organisation, Kommunikation, Köln
- Dr. Dr. Lothar Kolbe, Direktor Justitiariat, Köln (bis 31. Dezember 2005)
- Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
- Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln
- Wiegand Runge, Abteilungsdirektor Treasury, Köln

GESCHÄFTSSTELLENLEITER

- Andreas Belzner, Direktor der Geschäftsstelle Karlsruhe
- Lutz Brückmann, Direktor der Geschäftsstelle München (bis 30. Juni 2005)
- Anke Buder, Leiterin der Geschäftsstelle Dresden (seit 1. Juli 2005)
- Thomas Dettweiler, Leiter der Geschäftsstelle München
- Ulf Hartmann, Direktor der Geschäftsstelle Mainz
- Norbert Küsgen, Direktor der Geschäftsstelle Köln
- Oliver Luckner, Direktor der Geschäftsstelle Hannover
- Enrico Meier, Leiter der Geschäftsstelle Magdeburg
- Matthias Ninke, Direktor der Geschäftsstelle Berlin
- Stephan Sperling, Direktor der Geschäftsstelle Leipzig
- Volker Sitte, Leiter der Geschäftsstelle Dresden (bis 30. Juni 2005)
- Alfred Vesper, Direktor der Geschäftsstelle Essen

>> ZENTRALBEIRAT

- Walter Bockemühl
Vorsitzender des Vorstandes, AOK Rheinland-Pfalz, Eisenberg
- Dietmar Bühler
Verwaltungsdirektor, Deutscher Caritasverband e. V., Freiburg
- Klaus Dahlmeyer
Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Baden e. V. , Karlsruhe
- Thomas Dane
Abteilung Finanzen und Wirtschaft, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg Innere Mission und Hilfswerk e. V., Berlin
- Silvia Dobrindt
Geschäftsführerin, Personalberatung, Leichlingen
- Thomas Doerr
Bundesvorstand, Die Johanniter, Johanniter-Unfall-Hilfe e. V., Bundesgeschäftsstelle, Berlin
- Willi Esser
Kaufmännischer Vorstand, Johanniter Seniorendienste e. V., Bonn
- Günter Famulla
Vorsitzender des Vorstandes, Paritätischer Niedersachsen e. V., Hannover
- Franz-Heinrich Fischler
Direktor, Diözesancaritasverband für das Erzbistum Berlin e. V., Berlin
- Wolfgang F. Kraft
Stellv. Vorsitzender des Vorstandes, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg
- Pastor Dr. Udo Krolzik
Vorsitzender des Vorstandes, Evangelisches Johanneswerk e. V., Bielefeld (seit 1. April 2005)
- Prof. Dr. Dr. h. c. (mult.) Franz Peter Lang
Vorsitzender des Vorstandes, Wohnungsgenossenschaft Essen-Nord eG, Essen
- Oswald Menninger
Geschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin e. V., Berlin
- Bernd Molzberger
Geschäftsführer, Maria Hilf Kranken- und Pflegeanstalt GmbH, Waldbreitbach
- Hans-Herbert Müller
Geschäftsführer, MTG Malteser-Träger-Gesellschaft gGmbH, Bonn
- Wilhelm Müller
Geschäftsführer, Arbeiter-Samariter-Bund Bundesverband e. V., Köln

- Andreas Niedermeier
Sprecher der Geschäftsleitung, Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Oberbayern e. V., München
- Hans-Peter Niemeier
Geschäftsbereichsleiter Wirtschaft und Finanzen, Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V., Bonn
- Johann Wilhelm Römer
Generalsekretär a. D., Mainz
- Bernd Scheweling
Vorstand, Curanum Holding AG, München
- Josef Schmitz-Elsen
Generalsekretär a. D., Bonn / Bad Godesberg
- Elfi Scho-Antwerpes
Bürgermeisterin der Stadt Köln, Kreisgruppenvorsitzende, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Kreisgruppe Köln e. V., Köln
- Peter Schöne
Geschäftsführer, DRK Trägergesellschaft Süd-West mbH, Mainz
- Gerd Spiecker
Finanzdirektor a. D., Wuppertal (bis 31. Dezember 2005)
- Dr. Jörg Steinhausen
Landesgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V., Wuppertal (seit 1. Januar 2006)
- Hans-Günther Strothotte
Landesgeschäftsführer, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Landesverband Sachsen-Anhalt e. V., Magdeburg
- Christa Prinzessin von Thurn und Taxis
Präsidentin, Bayerisches Rotes Kreuz, Schwangau
- Christian Tölken
Kaufmännischer Hauptgeschäftsführer, Rummelsberger Dienste für Menschen gGmbH, Schwarzenbruck
- Clemens Graf von Waldburg-Zeil,
Generalsekretär, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Berlin
- Dr. Hans Wendtner
Stellv. Geschäftsführer, Deutsche Bischofskonferenz, Verband der Diözesen Deutschlands, Bonn

>> BERICHT DES VORSTANDES

WIRTSCHAFTLICHE RAHMENBEDINGUNGEN

Die deutsche Wirtschaftsleistung konnte in 2005 erneut nur marginal ausgeweitet werden. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) betrug real 0,9 %. Die im Vorjahresvergleich (2004: BIP real + 1,6 %) festzustellende Abkühlung der konjunkturellen Entwicklung wird relativiert durch die geringere Anzahl an Arbeitstagen in 2005. Bereinigt um diesen Effekt war das Wachstum in beiden Jahren etwa gleich hoch (+ 1,1 %).

EXPORT FÄNGT SCHWÄCHE DER BINNENWIRTSCHAFT AUF

Erneut profitierte die exportlastige deutsche Wirtschaft in hohem Maße von einer trotz hohem Ölpreis und fortbestehenden geopolitischen Risikofaktoren stabilen Globalkonjunktur. Wettbewerbsvorteile der deutschen Exporteure ergaben sich aus der im Vergleich zu anderen Ländern der Eurozone moderaten Preis- und Kostenentwicklung in Deutschland. Außerhalb des europäischen Währungsraumes profitierte der deutsche Außenhandel zudem von der Abwertung des Euro. Es kam zu einer Ausweitung des Ausfuhrvolumens um real 6,3 % (2004: + 9,3 %).

Die Impulse der Binnenwirtschaft blieben dagegen weiterhin verhalten. Bei den Bruttoanlageinvestitionen kam es vor allem aufgrund des erneut rezessiven Verlaufs der Baukonjunktur insgesamt zu einem Rückgang. Im Bauhauptgewerbe sank das Produktionsvolumen im Jahresvergleich um 5,8 % und die Auftragszahlen lagen mit einem Minus von 2,3 % das siebte Mal in Folge unter dem Niveau des Vorjahres. Eine zum Jahresende deutlich verbesserte Auftragslage macht allerdings Hoffnung auf eine mögliche Erholung im Bausektor. Dem Verarbeitenden Gewerbe verhalf der florierende Außenhandel zu einer Vergrößerung des Ausstoßes um 3,3 %. Die Ausrüstungsinvestitionen legten um real 4,0 % zu, die Investitionen in sonstige Anlagegüter wurden um real 1,8 % ausgeweitet. Von der positiven

Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe profitierten die unternehmensnahen Dienstleister. Dagegen war die Leistungserbringung der an den öffentlichen und den privaten Sektor gerichteten Dienstleistungen wiederum rückläufig.

Ein unbefriedigendes Ergebnis ergab sich erneut beim privaten Verbrauch. Die Konsumausgaben stagnierten vor dem Hintergrund der anhaltend schlechten Arbeitsmarktlage und sinkender Nettolöhne und -gehälter (- 0,1 % im Vergleich zu 2004) auf ihrem Vorjahresniveau. Stark gestiegene Energiepreise entzogen den Haushalten zusätzlich Kaufkraft. Das Umsatzplus des deutschen Einzelhandels um real 1,1 % ist vor allem auf Änderungen in der Berechnungsgrundlage zurückzuführen und überzeichnet den Trend in diesem Sektor im Vergleich zu früheren Jahren erheblich. Erst am Jahresende entwickelte sich das Verbrauchervertrauen etwas fester. Der Stimmung in der gewerblichen Wirtschaft folgend, beurteilten die privaten Haushalte die Konjunkturaussichten und ihre Einkommensperspektiven deutlich günstiger.

LAGE AM ARBEITSMARKT BLEIBT KRITISCH

Seit 2005 werden erwerbsfähige Sozialhilfeempfänger erstmals in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit berücksichtigt. Dadurch kam es Anfang des Jahres zu einem Sprung der Arbeitslosenzahl auf über fünf Millionen. Mit jahresdurchschnittlich 4.863.000 arbeitslosen Menschen lag die Arbeitslosenquote bei 11,7 %. Ohne den Hartz IV-Effekt waren durchschnittlich rund 100.000 Personen mehr arbeitslos als im Vorjahr. Erneut kam es zu einem Rückgang der voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, allerdings in einem geringeren Tempo. In der zweiten Jahreshälfte zeichnete sich dann mit dem Rückgang der saisonbereinigten Arbeitslosenzahl eine

» ZUTAT NR. 1: EMPATHIE UND IDENTIFIKATION

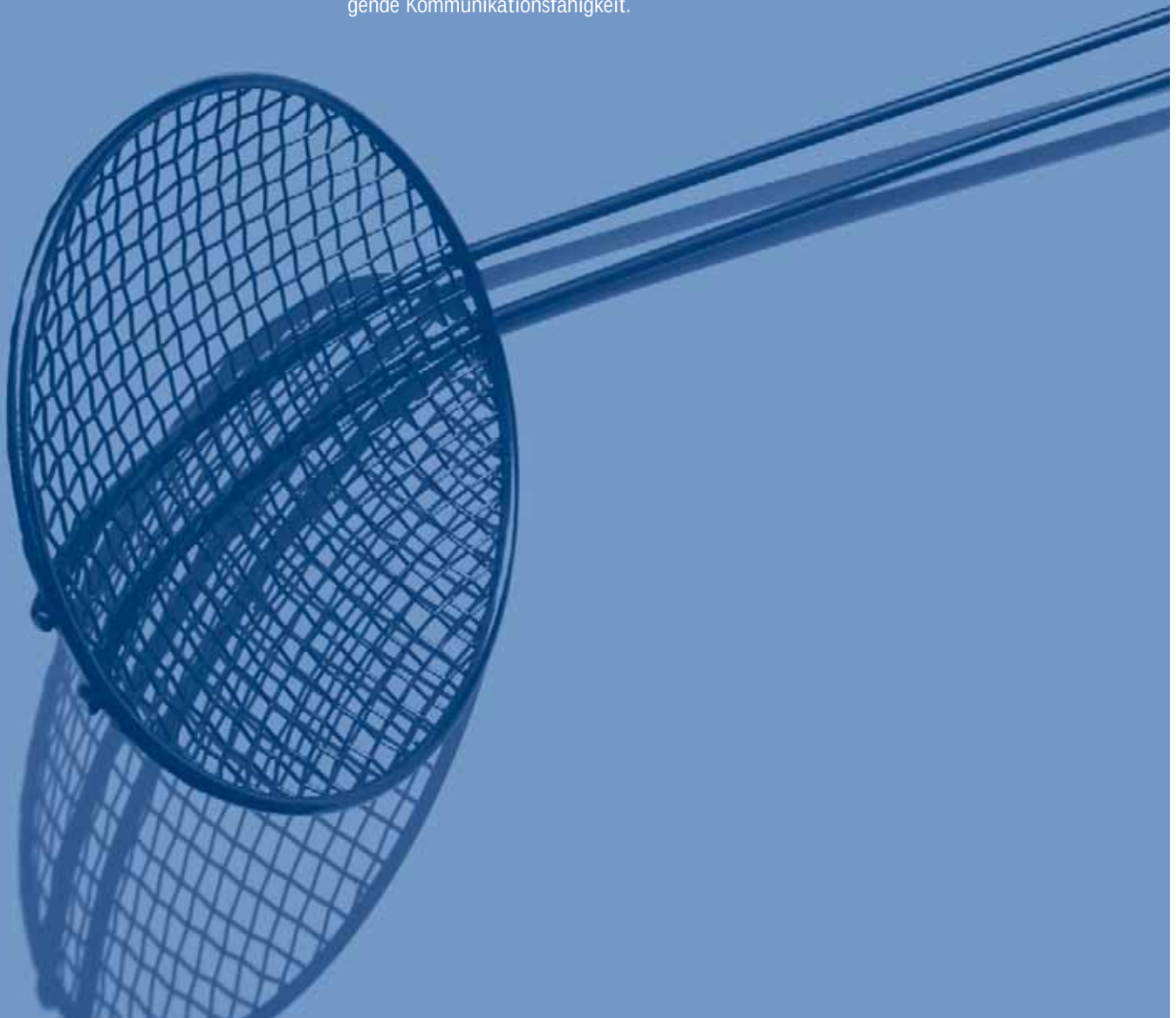
Unternehmenserfolg basiert immer auf der Summe der Leistungen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Deren wirksames und reibungsloses Zusammenwirken ist in aller erster Linie ausschlaggebend.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kennen das Unternehmen, kennen die Produkte und Leistungen und können diese den Kunden und Interessenten nachvollziehbar erläutern. Dazu ist Wissen erforderlich, dafür ist Empathie nötig und eine überzeugende Kommunikationsfähigkeit.

Voraussetzung dafür wiederum ist die ständige Weiterbildung in persönlicher und fachlicher Hinsicht.

Identifikation solcher am Unternehmen beteiligten Menschen ist für den Unternehmenserfolg ebenso notwendig, wie Engagement und Einsatzbereitschaft.

Wir sind in der Bank für Sozialwirtschaft stolz auf unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.



gewisse Entspannung am Arbeitsmarkt ab. Auch hat sich die Erwerbstätigkeit im letzten Quartal weitgehend stabilisiert. Positiv beeinflusst wurde die Beschäftigungsentwicklung von dem Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten um etwa 0,75 % im Verlauf des Jahres 2005.

ANZIEHENDE INFLATION DURCH GESTIEGENE ENERGIEPREISE

Im Jahresdurchschnitt 2005 belief sich die Teuerung in Deutschland auf 2,0 %, verglichen mit 1,6 % im Jahr 2004 und 1,1 % in 2003. Maßgeblich für den stärkeren Anstieg war die kräftige Erhöhung der Energiepreise (Mineralölprodukte insgesamt + 12,3 %, Haushaltsenergie + 11,8 %). Ohne den Einfluss der Energieverteuerung wäre der Verbraucherpreisindex nur um 1,1 % gestiegen.

Der Preis für Rohöl ist in den ersten drei Quartalen 2005 fast kontinuierlich gestiegen. Ein neuer historischer Höchststand wurde mit 67,50 US-Dollar für ein Barrel der Rohölmarke Brent erreicht, nachdem Hurrikanschäden in den Ölzentren im Süden der USA Versorgungsengpässe befürchten ließen. Bei hoher Volatilität fiel der Preis bis zum Jahresende auf 57,50 US-Dollar. Im Jahresdurchschnitt 2005 betrug der Preis für Brent-Öl 55,00 US-Dollar, verglichen mit 38,00 US-Dollar beziehungsweise 28,50 US-Dollar in den beiden Vorjahren. Die Ölpreisentwicklung war in 2005 erneut geprägt von einer anhaltend steigenden Nachfrage nach Rohöl, nahezu voll ausgelasteten Förderkapazitäten und immer wieder neu aufkommenden politischen Spannungen.

STAATSDEFIZIT ZUM VIERTEN MAL ÜBER DER 3 %-GRENZE

Das Budgetdefizit der öffentlichen Haushalte belief sich in 2005 auf 3,3 % des Bruttoinlandsproduktes. Es lag damit unterhalb der Defizitquote des Vorjahres (3,7 %). Gleichwohl wurde die von der Europäischen Währungsunion vorgegebene Obergrenze für die Defizitquote in Höhe von 3,0 % das vierte Mal in Folge verfehlt. Von dem gesamtstaatlichen Defizit entfielen 49,6 Mrd. Euro auf den Bund, 19,6 Mrd. Euro auf die Länder, 2,0 Mrd. Euro auf die Gemeinden und 3,4 Mrd. Euro auf die Sozialversicherungen. Die Einnahmenquote, d. h. die Einnahmen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, blieb mit 43,25 % weitgehend unverändert. Dagegen kam es zu einem Rückgang der Ausgabenquote auf 46,75 %.

Die Finanzlage der Gesetzlichen Rentenversicherung hat sich im Gesamtjahr 2005 mit einem Defizit von rund 4,0 Mrd. Euro gegenüber dem Vorjahr erheblich verschlechtert (2004: 1,3 Mrd. Euro Defizit). Die Rücklage unterschritt mit 0,11 Monatsausgaben zum Jahresende ihren Mindestwert von 0,2 Monatsausgaben deutlich.

Die Bundesagentur für Arbeit musste von den ursprünglich für das Haushaltsjahr 2005 vorgesehenen 4,0 Mrd. Euro Zuschuss des Bundes lediglich 0,5 Mrd. Euro in Anspruch nehmen. Neben einem leichten Anstieg der Beitragseinnahmen war hierfür vor allem der verstärkte Rückgang bei den Ausgaben für das Arbeitslosengeld ausschlaggebend.

ZINSWENDE IN DER EUROZONE

Die Wirtschaft der Eurozone erholte sich in 2005 nur zögerlich. Vor allem das erste Halbjahr verlief enttäuschend. Erste Zeichen für einen Aufschwung aus eigener Kraft zeigten sich erst im dritten Quartal. Es kam zu einer moderaten Ausweitung der Anlageinvestitionen. Auch von den konjunkturellen Frühindikatoren wurde der Aufwärtstrend unterstrichen.

Die wirtschaftliche Belebung wurde von einer anziehenden Inflation begleitet. Die Teuerungsrate der Eurozone stieg von unter 2,0 % im Januar auf ein Vier-Jahres-Hoch von 2,6 % im Herbst und sank bis zum Jahresende nur wenig. Auch wenn der Verbraucherpreisanstieg weitgehend auf die Energiekomponente des Preisindex beschränkt blieb, nahmen die kurz- bis mittelfristigen Inflationsrisiken im Verlauf des Jahres zu. Ein baldiges Durchgreifen der hohen Energiekosten auf die Löhne und die sonstigen Güterpreise ist wahrscheinlich. Hinweise auf mittelfristig gestiegene Inflationsrisiken kamen in 2005 erneut auch von der Geldmengenentwicklung. Die Wachstumsrate der Geldmenge M3 bewegte sich in der Eurozone zwischen 6,5 % und 8,5 %. Sie lag damit deutlich über dem Referenzwert der Europäischen Zentralbank von 4,5 %. Darüber hinaus wurde das Volumen der an Unternehmen und private Haushalte vergebenen Kredite erneut kräftig vergrößert.

Mit Rücksicht auf die labile Konjunkturlage verzichtete die Europäische Zentralbank trotz gestiegener Inflationsrisiken zunächst auf eine Anhebung des Leitzinssatzes. Im Zuge des starken Ölpreisanstiegs im Herbst signalisierten die Währungshüter aber immer deutlicher ihre Bereitschaft, sich einer aus dem Ruder laufenden Preisentwicklung mit geldpolitischen Maßnahmen entgegenzustellen. Verbal gut vorbereitet kam die Zinserhöhung schließlich im Dezember.

Der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurde auf 2,25 % angehoben. Weitere Zinsschritte wurden vom Fortgang der konjunkturellen Erholung abhängig gemacht.

In Erwartung und im Nachgang der Leitzinssatzerhöhung stiegen in Deutschland die Bankzinsen im Kreditneugeschäft im vierten Quartal überwiegend leicht an. Sowohl Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen als auch Wohnungsbaukredite verteuerten sich über alle Zinsbindungsfristen. Lediglich die Konditionen für Konsumentenkredite lagen unterhalb jener am Ende des Vorquartals. Auch im Passivgeschäft kam es Ende 2005 zu einer Zinsanpassung nach oben, insbesondere bei den Sätzen für Termingelder.

EURO VERLIERT AN WERT

Der Euro konnte in 2005 seine zwei Jahre zuvor begonnene Aufwertung gegenüber dem US-Dollar nicht fortsetzen. Zu groß waren die Unterschiede in der Wirtschafts- und Zinsentwicklung beiderseits des Atlantiks. Die US-Konjunktur entwickelte sich robuster als erwartet, dafür blieb die Eurozone hinter den Prognosen zurück. Und während die Geldpolitik in den USA im Jahresverlauf kontinuierlich gestrafft wurde (in acht Schritten ging es von 2,25 % zu Beginn des Jahres hinauf auf 4,25 % am Jahresende), kam es im Euroraum erst im Dezember zu einer leichten Anhebung des Leitzinssatzes. Die sich öffnende Zinsschere zwischen dem Euroraum und den USA machte Dollar-Anlagen attraktiver und setzte den Euro unter Druck.

UMSATZRENDITE ERREICHT NEUEN TIEFSTAND

Das Umfeld für den europäischen Anleihemarkt war im Jahr 2005 insgesamt freundlich. Die Wachstumssignale zu Beginn des Jahres 2005 waren zu schwach, um einen Anstieg der Umlaufrendite zu bewirken. Das zweite Quartal sorgte mit einer konjunkturellen Schwächephase für Kursausschläge. Die Umlaufrendite war bis Ende Juni um 50 Basispunkte auf 2,9 % gefallen. Auf die im weiteren Jahresverlauf fortschreitende Verteuerung von Energie reagierten die Bondkurse nur wenig. In dem steigenden Ölpreis sahen die Akteure des Rentenmarktes weniger ein Inflations- als ein Konjunkturrisiko. Die Bemühungen von Pensionsfonds und Versicherungen, die Duration ihrer Anlagen zu erhöhen, führten zu einer steigenden Nachfrage nach lang laufenden Anleihen. Dies übte einen zusätzlichen Druck auf die Renditen aus. Ihre Talsohle erreichte die Umlaufrendite in der zweiten Septemberhälfte mit dem historischen Tiefstand von 2,85 %. Danach sorgten optimistische Konjunkturerwartungen an den internationalen Finanzmärkten für steigende Kapitalmarktzinsen. Zum Jahresultimo lag die Umlaufrendite mit 3,2 % um 20 Basispunkte unter ihrem Ausgangswert vom Jahresanfang.

ZUNEHMENDE DYNAMIK AM AKTIENMARKT

Der Aktienmarkt startete schwach in das Jahr 2005. Positive Gewinnmeldungen der Unternehmen und die zahlreichen Fusionen und Übernahmen – vor allem in den USA – wurden überschattet von der Furcht vor den Folgen des rasant steigenden Ölpreises auf die globale Konjunktorentwicklung. Im April erreichte der Deutsche Aktienindex (DAX) mit 4.178 Punkten seinen Jahrestiefstand.

Kurz darauf schlugen die internationalen Aktienmärkte einen zunächst gemäßigten, dann aber schnell steiler werdenden Wachstumspfad ein. Der Auslöser waren überraschend positive Gewinnmeldungen der Unternehmen und die soliden US-Konjunkturdaten. Der deutsche Aktienmarkt reagierte zudem positiv auf die im Mai erfolgte Ankündigung vorgezogener Neuwahlen des Bundestages, von welcher man sich eine Stärkung der Reformpolitik versprach. Unterstützt von der Abwertung des Euro, von weiterhin überwiegend positiven Unternehmensnachrichten sowie von der erfreulichen wirtschaftlichen Entwicklung in den USA und in Japan, überschritt der DAX erstmals seit Mai 2002 wieder die Marke von 5.000 Punkten.

Der sprunghafte Ölpreisanstieg infolge der Stürme im Golf von Mexiko konnte die neue Dynamik an den Aktienmärkten nur kurzzeitig unterbrechen. Bereits im November war der Aufwärtstrend wieder intakt. Beflügelnd wirkten die Entwicklungen auf ausländischen Handelsplätzen. Insbesondere auf dem japanischen Aktienmarkt wurden hohe Kursgewinne erzielt. Dort schien mit der deutlichen Erholung der Inlandsnachfrage das Ende der Deflation absehbar. Im Euroraum mehrten sich zudem die Anzeichen, dass die konjunkturelle Entwicklung in 2006 an Breite gewinnen könnte. Börsennotierte deutsche Unternehmen nutzten die freundliche Entwicklung an den Aktienmärkten für eine erneute Ausweitung der Emissionstätigkeit. Ende 2005 lag der DAX bei 5.408 Punkten und damit um 27,0 % über seinem Wert vom Jahresanfang. Vor dem Hintergrund des allgemeinen Konjunkturoptimismus, niedriger Kapitalmarktzinsen, überwiegend positiver Quartalsergebnisse der Unternehmen sowie hoher Erwartungen an die Unternehmensgewinne waren europäische Dividendentitel im langjährigen Vergleich aber immer noch relativ niedrig bewertet.

AUSBLICK

Die weiterhin robuste Weltkonjunktur und die lebhafteste Beteiligung der deutschen Wirtschaft an der rasch voranschreitenden internationalen Arbeitsteilung sprechen für eine aufwärts gerichtete Konjunkturtendenz in Deutschland. Wegen der deutlich gestiegenen Auslastung der Produktionskapazitäten in der Industrie könnten auch die Ausrüstungsinvestitionen von dieser Entwicklung profitieren. Der Bausektor sollte vor dem Hintergrund der jüngsten Entwicklungen zumindest keine Belastung mehr für das gesamtwirtschaftliche Wachstum darstellen. Auch wenn das Verbrauchervertrauen in 2006 von der sich abzeichnenden Stabilisierung der Arbeitsmarktlage profitieren könnte, sind Verbesserungen beim Konsum nur schrittweise zu erwarten.

Der vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung prognostizierte Zuwachs des verfügbaren Einkommens um rund 1,2 % bedeutet bei einer Inflationsrate von 2,0 % real einen Einkommensverlust. Auch werden die hohen Energiepreise weiterhin Kaufkraft abschöpfen. Dagegen bleibt das geldpolitische Umfeld in 2006 erneut wachstumsfördernd. Die konjunkturellen Rahmenbedingungen lassen allenfalls eine leichte Anhebung des Leitzinssatzes durch die Europäische Zentralbank erwarten. Das gesamtstaatliche Defizit wird erneut mehr als 3,0 % des nominalen Bruttoinlandsproduktes betragen. Wegen des vom europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes sowie von den nationalen gesetzlichen Rahmenbedingungen auferlegten Sparzwangs wird es keine bedeutenden fiskalpolitischen Impulse geben.

SOZIALWIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN

Die Veränderungen in den Angebotsbereichen, in denen sozialwirtschaftliche Organisationen tätig sind, verlaufen sehr unterschiedlich. Auszumachen sind sowohl Abbau wie auch Umbau und Ausweitung von Leistungsangeboten. Insgesamt gesehen ist festzustellen, dass der Finanzierungsbedarf steigt.

ABHÄNGIGKEIT VON FINANZENTWICKLUNGEN

In den Angebotsbereichen sozialer Organisationen, die von Ländern und Kommunen (mit-)finanziert werden und als bedingte Pflichtaufgaben sowie freiwillige Leistungen rechtlich gefasst sind, hat sich die Einschränkung der Finanzierung weiter fortgesetzt. Zu nennen sind hier z. B. Leistungen der Beratung und der offenen Jugend-, Senioren- und Sozialarbeit. Ungeachtet eines zugleich wachsenden Bedarfs haben die sozialwirtschaftlichen Anbieter entsprechende Angebote reduziert bzw. eingestellt.

Der Bereich der Kinderbetreuung ist insofern eine Ausnahme, als hier der Bund auf der Grundlage des Tagesbetreuungsgesetzes vom 1. Januar 2005 von nun an den Kommunen jährlich 1,5 Mrd. Euro zur Verfügung stellt.

In den Leistungsbereichen, die von den Sozialleistungsträgern bzw. Sozialversicherungsträgern finanziert werden, und in denen z. T. ein unmittelbarer Rechtsanspruch besteht, sind von den Kostenträgern unterschiedliche Reaktionen auf die negative finanzielle Entwicklung auszumachen.

Zunächst einmal werden Vergütungen und Budgets nicht der Kostenentwicklung gemäß erhöht. Verbreitet zum Einsatz kommen Preisfindungsverfahren über sog. „Vergleichspreise“ und Ausschreibungsverfahren. An letzteren entzündeten sich nicht nur juristische Auseinandersetzungen¹,

¹ z. B. OVG Münster 12B1931/04

sondern hierdurch wurde auch eine grundsätzliche Diskussion über das Verhältnis von öffentlichen und freien Trägern angestoßen. In Reaktion auf die Finanzentwicklung werden neue Vergütungsformen eingeführt. Zu nennen sind hier beispielsweise die Einführung der DRGs, die nun von 2005 bis 2009 in der sog. Konvergenzphase implementiert werden, sowie das „persönliche Budget“, das noch bis 2007 in der Erprobungsphase ist und am 1. Januar 2008 eingeführt werden soll. Die grundsätzliche Bedeutung des „persönlichen Budgets“ wurde noch einmal durch die Koalitionsvereinbarung bekräftigt.²

Diese Maßnahmen erzeugen bei den Anbietern einen Druck zur Rationalisierung sowie zur Umstrukturierung des Angebots z. B. zu vermeintlich kostengünstigeren ambulanten Angeboten. Diese Entwicklung ist im Behindertenbereich, im Rehabilitations- und im Pflegebereich auszumachen.

Die Haushaltslage der Länder und Kommunen ist weiterhin dramatisch. Das Defizit der Länder betrug 1999 9,47 Mrd. Euro und erhöhte sich bis 2005 auf 19,6 Mrd. Euro. Die Kommunen konnten noch 1999 ein Plus von 5,5 Mrd. Euro verbuchen; 2005 ist eine Unterdeckung von 2,0 Mrd. Euro aufgelaufen. Ihre Kassenkredite sind von 2004 bis 2005 um 33 % auf 23,7 Mrd. Euro gestiegen.

Die Aufwendungen der Kommunen für soziale Leistungen stiegen von 26 Mrd. Euro im Jahre 1998 auf 30,5 Mrd. Euro im Jahre 2003, auf 32 Mrd. Euro im Jahre 2004 und auf 35,3 Mrd. Euro im Jahre 2005. Für 2006 wird ein Ausgabenvolumen von 37 Mrd. Euro erwartet.

Die umfangreichste Position der Sozialhilfe ist die Eingliederungshilfe. Die Aufwendungen der Sozialhilfeträger für die Eingliederungshilfe insgesamt stiegen von ca. 6,2 Mrd. Euro im Jahre 1995 über ca. 7,8 Mrd. Euro im Jahre 1999 auf ca. 9,6 Mrd. Euro im Jahre 2003; bis 2004 haben sich

diese Aufwendungen auf 11,5 Mrd. Euro erhöht. Der Bruttoaufwand der Eingliederungshilfe in Werkstätten stieg von 1994 bis 2003 um 66,3 %, der für Wohnheime im gleichen Zeitraum um 96,7 %.

Diese finanziellen Belastungen der Sozialhilfeträger werden weiter zunehmen; mittlerweile steigen auch die Ausgaben für Hilfe zur Pflege stärker an. Wie diese Beispiele zeigen, nimmt der Kostendruck auf die Sozialhilfeträger weiter zu.

Bei den Gesetzlichen Krankenkassen und der Pflegeversicherung stellt sich die Entwicklung wie folgt dar:

Hatten die Gesetzlichen Krankenkassen 2003 eine Deckungslücke von ca. 3,9 Mrd. Euro, so konnten sie 2005 in Folge des auf Rationierung und Kostendämpfung angelegten GKV-Modernisierungsgesetzes³ einen Überschuss erzielen. Aber der Einspareffekt der bisherigen Maßnahmen wird nur ein kurzfristiger sein.

Auch bei der Pflegeversicherung ist die Finanzierung nicht mehr tragfähig. Bei ihr ergab sich 2005 eine Deckungslücke von 360 Millionen Euro. Diese Deckungslücke wird weiter zunehmen und die Rücklagen werden weiter abschmelzen.

Neben den bestehenden Steuerungsmängeln der Sozialversicherung ist zu berücksichtigen, dass von 2003 bis 2005 die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten um 735.690 abgenommen hat. Es ist nicht abzusehen, wann ein Wachstum entstehen kann, das über den Arbeitsmarkt zu einer erheblichen Verbesserung der Einnahmen der Sozialversicherung führen wird.

Die Entwicklung der öffentlichen Haushalte, der Sozialleistungsträger und der Sozialversicherung lässt keine Verbesserung erkennen. Angebotsbereiche, in denen sozialwirt-

² Nationales Reformprogramm Deutschland, 7. November 2005

³ i. d. F. 12. Dezember 2004

» ZUTAT NR. 2: KOMPETENZ UND WISSEN

Der Begriff „Kompetenz“ wird heute in zahlreichen Zusammenhängen wichtiger.

Neben der Fach- und Sachkompetenz, neben der Erfahrungs- und Sozialkompetenz ist es unserer Meinung nach die Handlungskompetenz, die in Unternehmen ausschlaggebende Bedeutung erhält.

Wir haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit all jenen Kompetenzen ausgestattet, die nötig sind, um erfolgreich an den jeweiligen Arbeitsplätzen zu wirken.

„Wissen“ bezeichnet die Gesamtheit aller organisierten Informationen und ihrer wechselseitigen Zusammenhänge, auf deren Grundlage ein vernunftbegabtes System handeln kann. Dies impliziert, dass Wissen ständig aktualisiert werden muss, und dass sich ändernde Zusammenhänge des Unternehmensumfeldes permanent allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern deutlich gemacht werden müssen.

Wir haben frühzeitig diese Notwendigkeiten erkannt und setzen dafür seit vielen Jahren bereits die nächste Zutat ein.



schaftliche Anbieter tätig sind, entwickeln sich z. T. in Abhängigkeit vom Rechtsstatus der Leistungen unterschiedlich.

AUSLAUFMODELL OBJEKTFÖRDERUNG

Im Bereich der stationären Pflege wird die öffentliche Investitionsförderung als Objektförderung weiter zurückgeführt. Im Krankenhaussektor stehen immer weniger Mittel zur Verfügung. Die Fördersumme ist von 2003 auf 2004 um 2,1 % und von 2004 auf 2005 um 3,2 % gesunken. Die Scherenentwicklung zwischen Förderbetrag und dem tatsächlichen Investitionsbedarf öffnet sich seit Jahren zunehmend.

Betrachtet man die Herkunft der faktisch eingesetzten Investitionsmittel der Krankenhäuser, so stellt man für 2004 fest: Ca. 20,4 % kamen aus den Eigenmitteln des Krankenhauses, ca. 5,5 % der Investitionsmittel sind Mittel der Träger und nur ca. 67,1 % stammen aus der öffentlichen Förderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz.

ROLLE DER KREDIT- UND KAPITALMARKTFINANZIERUNG

Aufgrund des Schrumpfens, des Wegfalls oder der Umstellung der öffentlichen Förderung und bei anhaltendem Investitionsbedarf müssen von öffentlichen Zuwendungen unabhängige Finanzierungsformen erschlossen werden.

So haben mit dem Rückgang bzw. Wegfall der Objektförderung im Pflegebereich und dem Rückgang der Mittel im Krankenhausbereich die Kreditaufnahmen zugenommen. Für den Krankenhausbereich ermittelte eine Studie für 2005 einen Kreditbedarf von 14,8 Mrd. Euro, für 2008 von 25,7 Mrd. Euro und bis 2010 eine Steigerung auf voraussichtlich ca. 30 Mrd. Euro.

Es wird insbesondere im Bereich Wohnen und Pflege von Senioren und im Krankbereich immer deutlicher, dass die klassische Kreditfinanzierung allein nicht ausreicht, um das notwendige Kapital zu generieren.

Daher bekommt auch die Kapitalmarktfinanzierung (geschlossene Immobilienfonds, Spezialimmobilienfonds, Aktienkapital etc.) eine zunehmende Bedeutung.

In welchem Umfang Leistungsbereiche, in denen auch sozialwirtschaftliche Organisationen tätig sind, für Kapitalgeber interessant sind, hängt u. a. davon ab, wie gut die Risiken zu erfassen sind, ob sie tragbar sind und welche Rendite zu erwarten ist. Die Risiko/Rendite-Konstellation dieser Leistungsbereiche muss sich an anderen Wirtschaftssektoren messen lassen.

Mit zunehmender Angewiesenheit auf den Kredit- und Kapitalmarkt sind neue Anforderungen an die sozialwirtschaftlichen Anbieter verbunden. Diese unterscheiden sich von denen der traditionellen Zuwendungsgeber. Die Anforderungen an die Mittelnehmer wurden zunächst auf dem Kapitalmarkt entwickelt und werden mittlerweile auf den Kreditmarkt übertragen.

Eine wichtige Rolle kommt hierbei der Neuen Baseler Eigenkapitalvereinbarung (Basel II) zu, die am 28. September 2005 vom Europäischen Parlament und am 11. November 2005 vom ECOFIN-Rat verabschiedet wurde und nun nach Beratungen im Bundestag am 1. Januar 2007 formell in Kraft treten soll.

Angesichts dieser Entwicklung der Finanzierungsbedingungen wirkt sich die häufig zu konstatierende Eigenkapital-schwäche der sozialwirtschaftlichen Anbieter negativ aus. Die Eigenkapitalbildung durch Selbstfinanzierung oder durch das Zuführen von außen (z. B. Mezzanine Finanzierung) wird für sozialwirtschaftliche Anbieter daher wichtiger.

Zunehmend wird die Trennung von Investor und Betreiber (Investor/Betreiber-Modell, PPP-Modell, Leasing) praktiziert. Hiermit wird das Potenzial zur Mobilisierung von Finanzmitteln für ein Investment erweitert: Die Betreiberkompetenz wird von der Finanzierungscompetenz getrennt. Diese Formen der Investitionsfinanzierung nehmen z. B. im Bereich des Wohnens und der Pflege für Senioren einen immer größeren Raum ein.

Will die öffentliche Hand in dem Sozial- und in dem Gesundheitssektor die traditionelle Förderung abschaffen, dann muss sie auch zu den Voraussetzungen beitragen, die den Anbietern den Zugang zum Kredit- und zum Kapitalmarkt ermöglichen. Daher sind u. a. realistische Abschreibungssätze anzuerkennen und eine angemessene Eigenkapitalverzinsung zu gewährleisten. Des Weiteren sind die Förderinstrumente der gewerblichen Wirtschaft auch auf diese Sektoren anzuwenden.

DIFFERENZIERUNG DES LEISTUNGSANGEBOTS NACH KAUFKRAFT

In den Bereichen, in denen sozialwirtschaftliche Anbieter tätig sind, ist zunehmend eine Gestaltung der Leistungen entsprechend der unterschiedlichen Kaufkraft der Nutzer auszumachen. Durch zahlreiche leistungsrechtliche Veränderungen sind die Bürger in höherem Maße gefordert, selbst Leistungen einzukaufen bzw. zuzahlen. Daher müssen Anbieter berücksichtigen, dass die Nachfrage im höheren Maße preissensibel reagiert und die Angebote entsprechend zu differenzieren sind.

Nun stehen die sozialwirtschaftlichen Anbieter vor der Aufgabe, für sich zu klären, auf welche Kaufkraft und welches Klientel sie ihr Leistungsangebot ausrichten wollen.

Das Sockelangebot wird bestimmt von der Kaufkraft, mit der die Sozialleistungs- oder Sozialversicherungsträger den anspruchsberechtigten Nutzer direkt oder indirekt ausstatten. Die Bevölkerungsgruppe, die auf das Sockelangebot z. B. an Gesundheits-, Pflege- oder Behindertenleistungen angewiesen ist, wird aufgrund der Entwicklung der Arbeitseinkommen, der Renten⁴ und des Armutsrisikos⁵ weiter zunehmen.

DIFFERENZIERUNG DER ANBIETER NACH INVESTITIONSPOTENZIAL

In den Leistungsbereichen, in denen sozialwirtschaftliche Anbieter tätig sind, haben mittlerweile jene Anbieter einen Wettbewerbsvorteil, die mit hoher Selbstfinanzierungskraft, mit ausgezeichneter Kreditwürdigkeit und mit hoher Attraktivität für die Kapitalgeber ausgestattet sind. Sie können über das notwendige finanzielle Investitionspotenzial verfügen.

Größere Unternehmen sind eher in der Lage, durch Selbstfinanzierung und das Einwerben von Eigenkapital externe Finanzierung zu erhalten. Je mehr die noch vorwiegend kleinschnittig parzellierten Anbieterstrukturen z. B. im Pflege- und im Krankenhausbereich überwunden werden, umso mehr werden die größeren Unternehmen attraktiv für Kapitalanleger.

Aus diesen Anforderungen resultiert ein Sog hin zu Fusionen und Kettenbildung: Im Krankenhausbereich haben in den Jahren 2004 und 2005 insgesamt ca. 200 Häuser fusioniert; ca. 200 Häuser prüfen derzeit einen solchen Schritt. Dass es hier zu regionaler Marktdominanz kommen kann, hat das Bundeskartellamt u. a. in einer Entscheidung vom 10. März 2005 festgestellt und den Kauf eines Krankenhauses durch eine Kette untersagt.

⁴ Rentenbericht 2005

⁵ 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung vom 2. März 2005

Der Zugang zum Kapitalmarkt setzt spezifisches Know-how voraus, kann wie z. B. bei der Forderungsverbriefung und der Anleihenemission mit hohen Transaktionskosten verbunden sein und größere Tranchen erfordern. Mittlerweile sind Plattformen entwickelt worden, die mittelständischen Unternehmen den Zugang zum Kapitalmarkt eröffnen.

Größere sozialwirtschaftliche Trägerverbände und Sozialunternehmen stehen vor der Aufgabe, Lösungen zu finden, wie der innerverbandliche Finanzierungsbedarf gebündelt und der Zugang zum Kapitalmarkt eröffnet werden kann. Zielsetzung hierbei ist, durch das Verfügbarmachen von Investitionskapital und durch relativ geringe Finanzierungskosten Wettbewerbsnachteile zu vermeiden.

Der bessere Zugang zu Investitionsmitteln wird auch mit dazu beigetragen haben, dass im Bereich der Allgemeinkrankenhäuser die privaten Anbieter die Bettenzahl von 1999 bis 2004 um 3,9 % steigern konnten, bei den freige-meinnützigen Anbietern die Zahl der Betten aber um 1,9 % abnahm.

MARKTBEREINIGUNG, RESTRUKTURIERUNG, WACHSTUM

In den Angebotsbereichen, in denen sozialwirtschaftliche Organisationen tätig sind, finden sich sowohl Deinvestition, Restrukturierung und in Teilen sogar Renditephantasien.

Insgesamt gesehen nimmt der Wettbewerbsdruck zu. Dies aber nicht nur, weil mittlerweile das verfügbare Investitionspotenzial wettbewerbsrelevant geworden ist. Weitere Entwicklungen kommen hinzu. Da werden z. B. neue Preisfindungsmechanismen wie das Ausschreibungsverfahren und der Vergütungsvergleich eingeführt. Zudem entsteht

im Krankenhausbereich mit der Einführung der DRGs ein Kosten/Mengenwettbewerb, in anderen Bereichen mit der Zunahme von Selbstzahlungen und der Praktizierung des „persönlichen Budgets“ ein Preis/Mengenwettbewerb. Im Pflegebereich wird nach Klärung durch die europäische und deutsche Rechtsprechung der Wettbewerb durch den Wegfall der Bedarfsplanung erhöht.

Zudem tragen die europäische Integration und die Einführung der europäischen Marktordnung zu mehr Wettbewerb bei. Dies zeigt sich deutlich an dem Einsatz ausländischer Pflegekräfte in Privathaushalten in Konkurrenz zu ambulanten Pflegediensten und zu Pflegeeinrichtungen. Vor allem hierin ist auch die vehemente Kritik sozialwirtschaftlicher Anbieter an der europäischen Dienstleistungsrichtlinie begründet. Das europäische Parlament hat am 28. September 2005 die Dienstleistungsrichtlinie angenommen. Das umstrittene „Herkunftslandprinzip“ wurde inzwischen gestrichen, aber die Konsequenzen für bestimmte Dienste sind z. z. immer noch nicht vollständig geklärt.

Das Behaupten in der Phase des Umbruchs und bei zunehmendem Wettbewerb wird für die Anbieter voraussetzungsvoller. Zudem sind die Trägerverbände und auch die Kirchen immer weniger in der Lage, Einrichtungen und Diensten stützende Finanzmittel zuzuführen. Daher nehmen auch in dem Sozial- und in dem Gesundheitssektor die Insolvenzen zu. Im Jahr 2005 war eine Insolvenz bei 17 Krankenhäusern, bei 14 Reha- und Vorsorgekliniken und bei 37 Alteneinrichtungen festzustellen. Das Risiko im Sozial- und Gesundheitsbereich hat damit zwar zugenommen, im Vergleich zu anderen Wirtschaftssektoren handelt es sich jedoch nur um eine Normalisierung der Risikolage.

Angesichts dieser Entwicklung kommt der BFS ihre langjährige Erfahrung als Fachbank mit dem Sozial- und

Gesundheitssektor zugute. Auf dieser Grundlage kann sie auch unter den neuen Gegebenheiten die Risikoerfassung und die Risikobewertung sowie das Monitoring der Engagements und die Beratung der Kunden anforderungsgerecht durchführen.

WEITERHIN STEIGENDER FINANZIERUNGSBEDARF

Ungeachtet der Veränderungen in den Angebotsbereichen, in denen sozialwirtschaftliche Anbieter tätig sind, ist weiterhin ein steigender Finanzierungsbedarf auszumachen. Denn die Nachfrage bzw. der Bedarf nach Sozial- und Gesundheitsleistungen nehmen weiter zu.

Aus der demographischen Perspektive wird die Nachfrageentwicklung im Zusammenhang mit dem zunehmenden Anteil älterer Menschen bereits ausgiebig analysiert und die Konsequenzen gezogen. Hingegen wird das Entstehen von relevanten Entleerungs- und Zuzugsräumen durch Wanderungsbewegungen und die Entwicklung der Geburtenraten in der Konsequenz für die Sozial- und Gesundheitsangebote erst ansatzweise gewürdigt. Deinvestitionen finden statt, aber zugleich sind sowohl in den Zuzugs- als auch in den Entleerungsräumen Investitionen zu tätigen.

Aufgrund der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung verschärfen sich individuelle Risikolagen. So nehmen z. B. die familialen Erziehungsleistungen ab, der Zugang Jugendlicher zur Arbeitswelt wird schwieriger, die prekären Beschäftigungsverhältnisse nehmen zu, die soziale Einbindung lässt nach. Hieraus ergeben sich neue Bedarfe für Einrichtungen und Dienste.

Ein hoher Anstieg ist in der Nachfrage nach Wohnungen und Werkstätten für behinderte Menschen zu verzeichnen. Die Zahl der Leistungsempfänger von Eingliederungshilfen

in Werkstätten ist von 1994 bis 2003 um 48,7 % auf 235.700 gestiegen; die Anzahl der Leistungsempfänger in Wohnheimen erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 48 % auf 235.377. In den kommenden Jahren wird diese Bedarfsentwicklung noch weitergehen, ohne dass die öffentliche (Mit-)Finanzierung in der bisherigen Form gesichert ist.

Es gibt ein Dienstleistungspotenzial, das ruht, weil es keinen Kostenträger gibt und die Leistungen nicht marktfähig sind. Zu nennen sind hier z. B. haushaltsnahe Dienstleistungen sowie Leistungen der Betreuung und Beratung. Diese Leistungen sind für viele zu teuer, vermeiden aber u. U. kostenintensivere stationäre Versorgung - zugleich sind sie beschäftigungswirksam. Eine Förderung mit staatlichen Mitteln wäre wirksamer als die allgemeine Einführung eines Niedriglohnsektors.

Weiterer Finanzierungsbedarf ist gegeben durch den Investitions- und Modernisierungstau. Ein solcher ist z. B. im Krankenhausbereich und im Pflegebereich aufgelaufen. Im Krankenhausbereich wird der Investitionstau 2005 auf mittlerweile 29 Mrd. Euro beziffert. Das Volumen wird weiter steigen.

Veränderte Rahmenbedingungen wie z. B. die Vergütungserhöhungen unter dem Niveau der Kostensteigerung sowie der Preisdruck erfordern einen höheren Finanzierungsbedarf für Rationalisierungsmaßnahmen. Als Beispiel hierfür sind die Krankenhäuser anzuführen, deren individueller Basisfallwert über dem landesweiten Basisfallwert liegt und in der vom 1. Januar 2005 bis zum 1. Januar 2009 laufenden Konvergenzphase an diesen angeglichen werden muss. Sie stehen unter Druck, ihre Kostenstruktur anzupassen.

Finanzierungsbedarf entsteht auch durch die Umstrukturierung der Angebote und der Unternehmensorganisation.

>> ZUTAT NR. 3: MONITORING UND RESEARCH

„Monitoring“ bezeichnet das systematische und regelmäßige Beobachten und Auswerten aller Faktoren, die im Umfeld des Unternehmens und dessen Kunden bedeutend sind oder werden könnten.

Für ein beratendes Dienstleistungsunternehmen wie die Bank für Sozialwirtschaft bedeutet das, dass kompetente, kenntnisreiche und umfassende Beratung in finanziellen Belangen ein hohes Maß solcher Informationen voraussetzt.

Welche Änderungen vollziehen sich in den einzelnen Bereichen, welche gesetzgeberischen Maßnahmen sind geplant und welche Auswirkungen können diese auf die Kernzielgruppe haben? Solche und ähnliche Fragestellungen beantwortet ein etabliertes Monitoring und ein fundiertes Research.

Die im Research erarbeiteten Analysen stehen unseren Mitarbeitern via Intranet zur Verfügung. Für unsere Kunden stellen wir Ergebnisse des Monitoring beispielsweise in einem Internet-Weblog bereit.



So ist z. B. sowohl im Pflegebereich, im Behindertenbereich wie auch im Gesundheits- und Rehabilitationsbereich eine Entwicklung zur Dezentralisierung und Ambulantisierung auszumachen. Bei der Umgestaltung der Unternehmensorganisation geht es um die Erweiterung der Wertschöpfungskette durch die Einbindung vor- und nachgelagerter Angebote sowie um Potenzialerweiterung durch Kooperation, Fusion oder Akquisition.

Selbstbeteiligung, Subjektförderung und Wettbewerb erfordern Finanzmittel zur Steigerung der Attraktivität für die Kunden. Aus einer Untersuchung geht hervor, dass 36 % der Krankenhäuser im Jahr 2005 grundlegende Veränderungen des Leistungsangebotes zur Verbesserung der Wettbewerbsposition vornehmen wollten.

Dies sind einige Hinweise auf zunehmenden Finanzierungsbedarf in den Tätigkeitsbereichen sozialwirtschaftlicher Anbieter.

Um die notwendigen Investitionen tätigen zu können bzw. diese zu fördern, bedarf es adäquater Rahmenbedingungen. Die Reform der öffentlichen Finanzverfassung und der Sozialen Sicherung sind überfällig. Sie könnte dazu beitragen, den Anbietern wie auch den Kredit- und Kapitalgebern mehr Sicherheit zu geben. In den öffentlich verantworteten Leistungsbereichen muss Klarheit bestehen über das Versorgungsniveau, die Versorgungssicherheit, die Preise und die Qualität. Zudem sind die Formen der öffentlichen Förderung mehr auszurichten auf die Unterstützung des Zugangs zum Kredit- und Kapitalmarkt, und die Refinanzierungsmöglichkeiten über die Leistungen sind den neuen Gegebenheiten anzupassen.

Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat sich als Fachbank den Herausforderungen angenommen, denen die sozialwirtschaftlichen Anbieter angesichts der aufgezeigten

Entwicklung gegenüberstehen. Auf dem 4. Kongress der Sozialwirtschaft, den die BFS gemeinsam mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege und dem Nomos Verlag am 28. und 29. April 2005 in Düsseldorf durchführte, wurden neue Formen der öffentlichen Förderung und der Vergütung ebenso thematisiert wie veränderte Anforderungen der Finanzinstitute.

Auch hat die Bank im Jahr 2005 im Rahmen einer Untersuchung prüfen lassen, inwieweit die Finanzierungsinstrumente der gewerblichen Wirtschaft auch in der Sozialwirtschaft und im gemeinnützigen Sektor zum Einsatz kommen können. Dabei wurden externe und interne Finanzexperten, Kunden und andere Fachleute aus der Sozialwirtschaft einbezogen. Die Ergebnisse werden u. a. im Rahmen der Fachtagung „Neue Finanzierungsformen in der Sozialwirtschaft“ aufgegriffen, die am 25. April 2006 in Köln stattfand. Ziel ist es, den sozialwirtschaftlichen Anbietern in dieser Umbruchphase Orientierung zu geben über adäquate neue Finanzierungsformen und das Produktportfolio der BFS entsprechend zu gestalten.

LAGEBERICHT 2005

Die Bank für Sozialwirtschaft AG konnte 2005 ihre erfolgreiche Geschäftsentwicklung fortsetzen. Die Bilanzsumme stieg im Vorjahresvergleich um 11,4 % auf EUR 4,2 Mrd. Der Jahresüberschuss lag mit EUR 16,8 Mio. trotz hoher Aufwendungen durch interne Projekte lediglich um 4,6 % unter dem historisch hohen Niveau des Vorjahres.

AKTIVGESCHÄFT

Die Barreserve belief sich stichtagsbedingt auf EUR 131,2 Mio. gegenüber TEUR 741 im Vorjahr.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich um 5,5 % auf EUR 1.921 Mio. Die Steigerung entfiel erneut vorrangig auf das langfristige Segment, in dem zugleich die höchsten Volumina bestehen: Sie erhöhten sich um 12,3 % auf EUR 1.674 Mio. Wie schon in den Vorjahren zeigt sich hierin der steigende Bedarf nach Investitionsdarlehen für den Neubau und für den zeitgemäßen Ausbau von sozialwirtschaftlichen Einrichtungen und eine entsprechend starke Inanspruchnahme der Bank für Sozialwirtschaft AG.

Die Forderungen an Kreditinstitute verzeichneten eine Steigerung um 4,1 % auf EUR 115,6 Mio.

Der Wertpapierbestand am Bilanzstichtag war mit EUR 1.825,6 Mio. um EUR 175,3 Mio. höher als im Vorjahr. Dies war insbesondere durch eine weitere Aufstockung der Fondsanlagen, vor allem im Rahmen der Neuauflage des „BFS Nachhaltigkeitsfonds-Ertrag“ bedingt.

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen erhöhten sich um TEUR 4.728 auf TEUR 13.524. Das resultiert zum einen aus der Umwandlung der WGZ Bank eG, an der die Bank für Sozialwirtschaft AG mit Genossenschaftsanteilen von TEUR 520, welche unter den

Sonstigen Vermögensgegenständen ausgewiesen wurden, beteiligt war, in eine Aktiengesellschaft und der Einbringung von Aktien der WGZ-Bank AG in die WGZ Beteiligungs GmbH & Co. KG gegen Gewährung einer Kommandit-Beteiligung von TEUR 2.328. Zum anderen ist die Erhöhung durch die Aufstockung der Anteile am Immobilienfonds IS 6 GbR begründet.

Die Treuhandkredite schlossen mit einem Volumen von EUR 173,6 Mio. um 3,6 % über dem Vorjahresniveau (EUR 167,5 Mio.) ab. Die Differenz ist aufgrund von Auszahlungsterminen zugesagter Darlehen stichtagsbedingt. Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der BFS treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert.

Der Wert für Immaterielle Anlagewerte wurde im Geschäftsjahr mit einer Steigerung auf EUR 10,2 Mio. mehr als verdoppelt. Dies erklärt sich durch die Softwareerstellung im Rahmen der Einführung der Standardsoftware SAP und der Neukonzeption und Realisierung eines Data-warehouse in der Bank für Sozialwirtschaft AG.

Der Wert der Sachanlagen erhöhte sich im Wesentlichen durch die Investitionen in EDV-Hardware im Rahmen der genannten EDV-Umstellungen um 2,1 % auf EUR 29,6 Mio.

Die Sonstigen Vermögensgegenstände stiegen stichtagsbedingt auf EUR 5,9 Mio.

PASSIVGESCHÄFT

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten stiegen im Berichtsjahr um 15,6 % auf EUR 1.337,8 Mio. Die Aufstockung fand überwiegend im Bereich der Verbindlichkei-

ten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist statt. Allein die Verbindlichkeiten mit Ursprungslaufzeiten von mehr als fünf Jahren wurden um 8,0 % auf EUR 998,4 Mio. erhöht, um die gestiegenen Programmkredite bei der KfW zu refinanzieren. Die Offenmarktgeschäfte stiegen um EUR 80,9 Mio. auf EUR 220,9 Mio. Die Höhe der Veränderung ist stichtagsbedingt.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verzeichneten eine weitere Erhöhung um 8,2 % auf EUR 2.438,8 Mio. Die Steigerung entfiel vor allem auf Festgelder mit Laufzeiten bis zu einem Jahr (+ 18,6 % auf EUR 1.036,5 Mio.). Auch konnten die täglich fälligen Einlagen auf hohem Niveau weiter gesteigert werden (+ 1,8 % auf EUR 1.241,0 Mio.). Der Schwerpunkt auf den kurzfristigen Anlagen zeigt die nach wie vor bestehende Unsicherheit der Anleger in Bezug auf die weitere Zinsentwicklung. Auch konnte die Bank für Sozialwirtschaft AG ihre Volumina im Zahlungsverkehr weiter steigern.

Die Anlagen in Verbrieften Verbindlichkeiten verzeichneten im Vorjahresvergleich einen weiteren Rückgang um EUR 4,7 Mio. auf EUR 30,2 Mio. Er ist erneut durch Fälligkeiten von Schuldverschreibungen bedingt.

Die Rückstellungen wurden um 13,3 % auf EUR 25,9 Mio. aufgestockt. Erhöht wurden vor allem die Zinsrückstellungen für Sonderkreditprogramme.

Die Nachrangigen Verbindlichkeiten und das Genussrechtskapital stiegen um EUR 34,7 Mio. auf EUR 85,8 Mio. Dies ist dadurch begründet, dass neues Ergänzungskapital aufgenommen wurde, um das haftende Eigenkapital der gestiegenen Kreditnachfrage anzupassen.

HAFTENDES EIGENKAPITAL

Das gezeichnete Kapital wurde im Berichtsjahr um 9,4 % auf EUR 36,4 Mio. aufgestockt. Dies ist durch die Emission von 60.000 Stammaktien bedingt, die 2005 neu begeben wurden.

Die Aktien der Bank für Sozialwirtschaft AG waren trotz einer Beschränkung der Zielgruppe auf sozialwirtschaftliche Anteilseigner so stark überzeichnet, dass sich die Zeichner mit einer Quote von 14,25 % zufrieden geben mussten. Die hohe Nachfrage führt die Bank sowohl auf ihre Geschäftserfolge in den letzten Jahren als auch auf ihre sehr guten Wachstumsperspektiven zurück. Auch die Durchschnittsrendite der Aktie von 5,6 % p. a. seit der Erstemission 1998 wird eine Rolle gespielt haben.

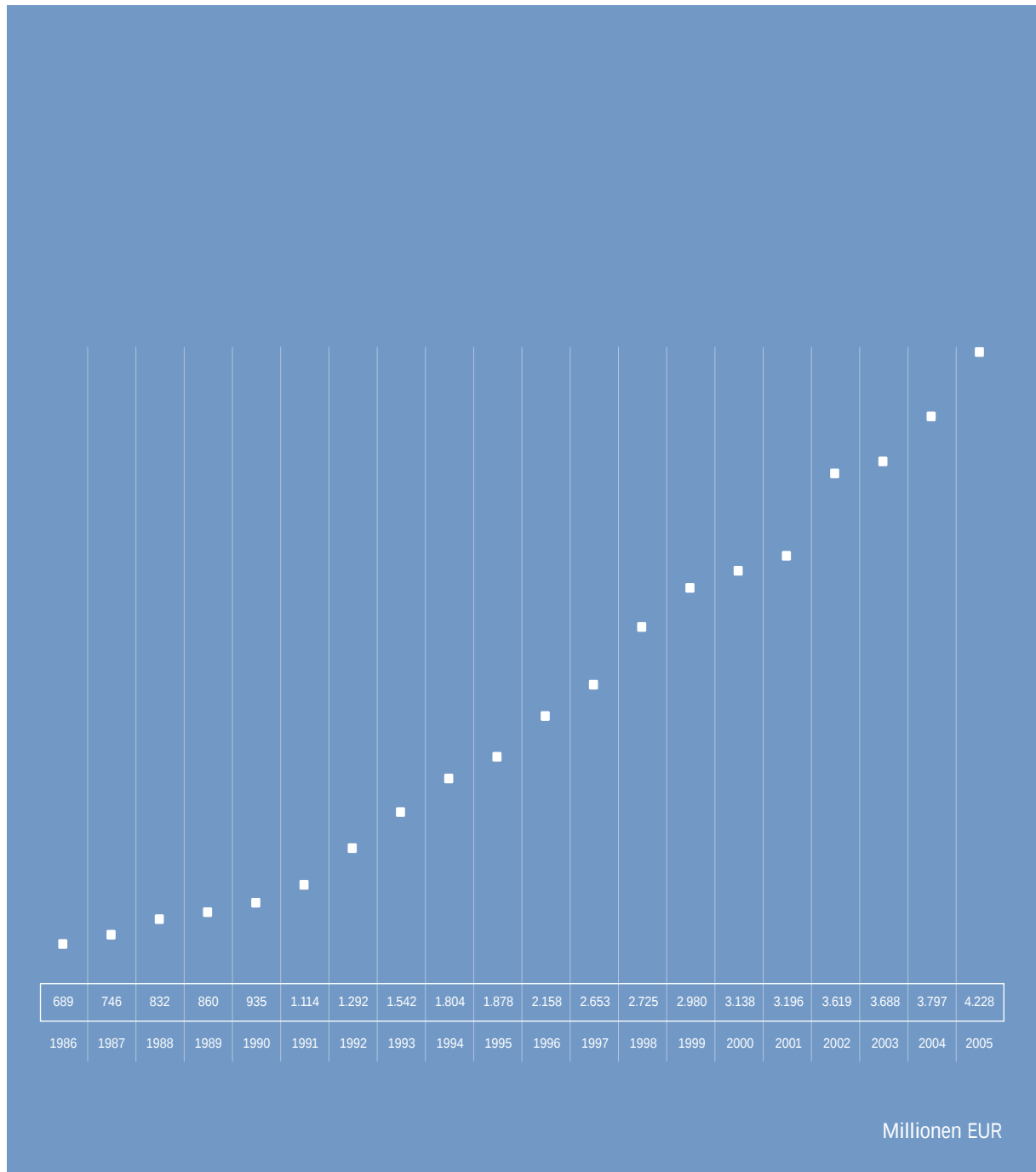
Die Kapitalrücklage wurde durch das Agio auf die in 2005 neu begebenen Aktien auf EUR 43,3 Mio. erhöht.

Die Gewinnrücklage ist um TEUR 14.050 auf TEUR 27.250 aufgestockt worden, indem dieser Betrag aus dem Bilanzgewinn 2004 in die Position „andere Gewinnrücklagen“ eingestellt wurde. Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns beträgt damit EUR 106,9 Mio.

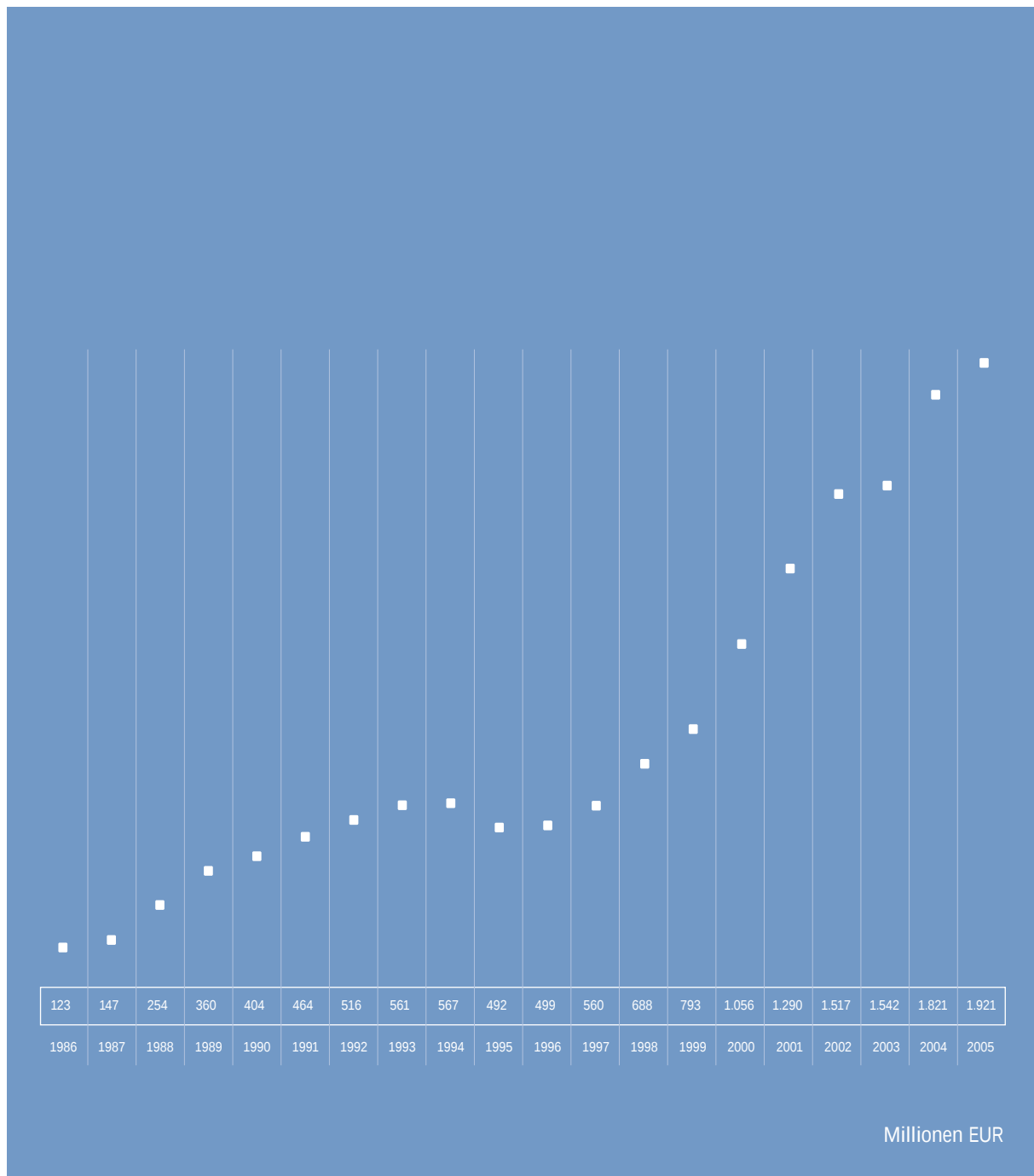
Als haftendes Eigenkapital sind gemäß Kreditwesengesetz darüber hinaus das Genussrechtskapital, die nachrangigen Verbindlichkeiten, der Fonds für allgemeine Bankrisiken sowie die Vorsorgereserven zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnte die Bank für Sozialwirtschaft AG im Berichtsjahr jederzeit die Eigenkapitalanforderungen des Kreditwesengesetzes erfüllen.

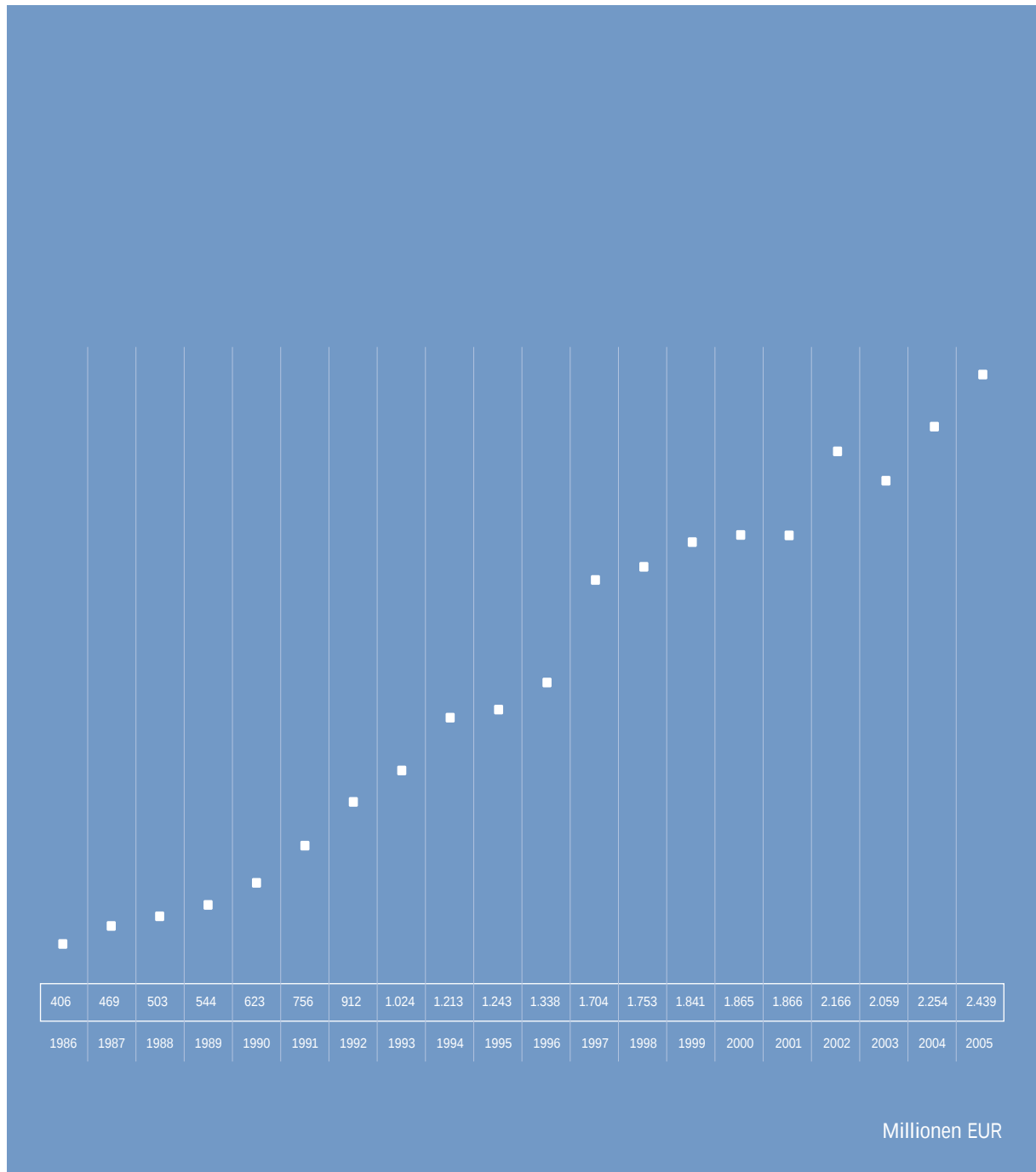
» DIE BILANZSUMME



» DIE KUNDENKREDITE



» DIE KUNDENEINLAGEN



EINLAGENSICHERUNG

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu TEUR 5.390 verbunden (bis zum Achtfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 %) berechneten Garantiefondsbeiträge).

Der Bank wurde als Mitgliedsinstitut des BVR im Rahmen des Verbundratings durch die renommierte Ratingagentur Fitch die Ratingstufe A+ zuerkannt.

ERTRAGSLAGE

Der Zinsüberschuss inklusive der laufenden Erträge in Höhe von TEUR 63.744 verzeichnete im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um 6,5 %. Dieses erfreuliche Ergebnis ist vor allem auf ein verstärktes Kundengeschäft zurückzuführen.

Die Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungsverträgen reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 % auf TEUR 819,9. Die Erträge resultieren vor allem aus dem erfolgreichen Angebot des Online-Factoring, das über die 100%ige Tochtergesellschaft BFS Service GmbH vertrieben wird.

Das Provisionsergebnis konnte um 25,4 % auf TEUR 5.754 gesteigert werden. Hier spielte zum einen ein Ausbau des Fondsgeschäfts eine Rolle. Hinzu kommen erste Erfolge einer stärker dezentralisierten Vermögensanlageberatung.

Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen im Berichtsjahr um TEUR 235 auf TEUR 1.649 zurück.

Die Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind um 13,7 % auf TEUR 36.323 gewachsen. Da sich der Personalaufwand nur leicht (+ 2,7 %) erhöhte, entfiel der größte Anteil dieser Steigerung auf die anderen Verwaltungsaufwendungen. Die Erhöhung ist vor allem durch Aufwendungen für die Einführung der Standardsoftware SAP und die Neukonzeption und Realisierung des Datawarehouse bedingt.

Dennoch konnte das Betriebsergebnis im Vergleich zum Vorjahr um 1,9 % auf TEUR 31.369 verbessert werden.

Das Bewertungsergebnis im Wertpapiergeschäft war insgesamt positiv. Im Kreditgeschäft wurde erneut mit einer konservativen Risikovorsorge gearbeitet. Trotz der vorsichtigen Kreditvergabepolitik der Bank muss durch die Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen für die Sozialwirtschaft von relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten ausgegangen werden als in früheren Jahren. Im Vergleich zu anderen Bereichen unserer Volkswirtschaft ist das Kreditausfallrisiko in der Sozialwirtschaft jedoch immer noch niedrig. Das Bewertungsergebnis belief sich insgesamt auf - TEUR 2.824.

Die gewinnabhängigen Steuern reduzierten sich durch den geringeren Jahresüberschuss um 14,2 % auf TEUR 11.780.

Der Jahresüberschuss ging gegenüber dem Vorjahr um 4,6 % zurück und liegt für das Geschäftsjahr 2005 bei TEUR 16.765.

VORSCHLAG ZUR VERWENDUNG DES BILANZGEWINNS

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung EUR 13.050.000,00 in die Position „andere Gewinnrücklagen“

einzustellen und eine Dividende in Höhe von EUR 3.712.500,00 an die Aktionäre auszuschütten. Das entspricht - wie in den Vorjahren - einer Dividende in Höhe von EUR 5,50 pro Stammaktie, wobei die 60.000 im abgelaufenen Geschäftsjahr neu begebenen Aktien anteilig dividendenberechtigt sind.

Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von EUR 7.270,00 angesetzt werden.

RISIKEN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich insbesondere in Form von Kredit- und Marktpreisrisiken.

Sowohl quantitativ (Grundsatz I) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) hält die Bank für Sozialwirtschaft AG die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen sind Verlustobergrenzen für unterschiedliche Risikoarten definiert, an denen die Bank unter anderem ihre geschäftspolitischen Maßnahmen ausrichtet. Dabei nutzt sie EDV-gestützte Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Kreditrisiken (Adressausfallrisiken) basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen eines Bonitätsanalysesystems. Die Einstufungen der Kreditnehmer in

Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberechtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozialwirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozialwirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozialwirtschaft geschult und über regelmäßige interne Informationsdienste informiert. Zudem wurde das Bonitätsanalysesystem der Bank für Sozialwirtschaft AG im Rahmen eines größeren Projektes zu einem Ratingsystem ausgebaut, das den Anforderungen an ein internes Rating nach Basel II entspricht.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank nahezu ausschließlich auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen. Ein Handelsbuch wird gemäß § 2 Abs. 11 KWG nicht unterhalten.

Die Eigenbestände an Wertpapieren sind den allgemeinen Zins- und Kursrisiken ausgesetzt. Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft AG über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Es ist sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotenzial der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsänderungen werden verschiedene Zinsderivate eingesetzt.

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die potenziellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Kursänderungen analysiert.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

Neben den Kredit- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auch auf operative Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operativen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotentiale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht wesentlich beeinträchtigen.

AUSBLICK

Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft AG weiterhin als sehr positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozialwirtschaft gilt aufgrund der demographischen Entwicklung und des mit ihr verbundenen steigenden Bedarfs z. B. an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Zugleich muss die Sozialwirtschaft durch die aktuellen und zu erwartenden Reformen der Sozialen Sicherungssysteme nach wie vor mit schwieriger werdenden finanziellen Rahmenbedingungen rechnen. Die Bank für Sozialwirtschaft AG geht davon aus, dass sich der Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen in den nächsten Jahren fortsetzen wird. Als Konsequenz daraus wächst zum einen der Bedarf an Bankleistungen, insbesondere an Krediten. Zum anderen steigen die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur bankfachliche Aspekte, sondern auch die speziellen Rahmenbedingungen der Finanzierung sozialwirtschaftlicher Unternehmen einbezieht. Mit dem Inkrafttreten von Basel II wird sich dies noch ver-dichten.

Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass sich die Sozialwirtschaft in den nächsten Jahren neue Finanzierungsformen erschließen wird, um z. B. ihre oft unzureichende Eigenkapitalausstattung zu verbessern und so wiederum u. a. die Möglichkeiten der Kreditaufnahme zu vergrößern. Investor-Betreiber-Modelle und Fondsmodelle sind zwei Beispiele für solche Finanzierungsvarianten. Auch das Feld der mezzaninen Finanzierungsinstrumente wird für sozialwirtschaftliche Akteure interessant werden. Im Bereich der privatwirtschaftlich agierenden Anbieter verbreiten sich zudem Beteiligungsformen wie z. B. Private Equity.

Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat sich auch mit Blick auf diese Entwicklungen frühzeitig als Partner der Sozial-



>> ZUTAT NR. 4: PRODUKTENTWICKLUNG UND STÄNDIGE VERBESSERUNG

Der ständige intensive Kontakt zu unseren Kunden und Freunden des Unternehmens, das aktive Zuhören und Eingehen auf deren Wünsche und Bedürfnisse und die Ergebnisse des ständigen Monitoring generieren regelmäßig Ideen für neue Angebote und Produkte. Oder deren Verbesserung.

Bereichs- und hierarchieübergreifend sind unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter daran gewöhnt, sich permanent auch kritisch mit unseren eigenen Angeboten auseinanderzusetzen und die Reaktionen unserer Kunden auf unsere Angebote den jeweiligen Fachabteilungen zu übermitteln.

Wir sind der Meinung, nur so gewährleisten zu können, dass wir auch weiterhin punktgenau jene Lösungen entwickeln, die unsere Kunden von uns erwarten und die unser Unternehmen seit Jahrzehnten ausmachen.

Diese Haltung bewirkt manchmal, dass wir „vor dem Markt“ agieren, also Lösungen oder Ansätze entwickeln für Fragestellungen, die sich erst zaghaft in der Gegenwart abzeichnen scheinen.

Wir wollen auch in Zukunft vorne bleiben.

wirtschaft positioniert. So ließ sie z. B. im Berichtsjahr von der Politik- und Wirtschaftsberatung von Rothkirch und Partner, Düsseldorf, eine Untersuchung zum Thema „Finanzierungsprobleme und Finanzierungsmöglichkeiten in der Freien Wohlfahrtspflege“ durchführen, die im Januar 2006 publiziert wurde. Derzeit werden die internen Voraussetzungen zur Kapitalbedarfsanalyse der Kunden weiter verbessert und verschiedene Angebots- und Vermittlungsformen geprüft.

Zur optimalen Nutzung aller Marktchancen arbeitet die Bank für Sozialwirtschaft AG ständig an einer Verbesserung der internen Basis für eine weitere Geschäftsausweitung. Noch bis zum 1. Juli 2006 läuft ein 20-monatiges Projekt zur umfassenden Erneuerung der Bankensoftware durch die Einführung der Standardsoftware SAP. Parallel dazu erfolgt durch die Realisierung eines Datawarehouse die datentechnische Vorbereitung der Banksysteme auf die gesetzlichen, aufsichtsrechtlichen und betriebswirtschaftlichen Anforderungen, die sich unter anderem durch die Einführung von Basel II ergeben. Damit schafft sich die Bank für Sozialwirtschaft AG die softwaretechnischen Voraussetzungen für künftige Herausforderungen.

Auf der Ebene der Mitarbeiterfort- und -weiterbildung richtet sich die Aufmerksamkeit darauf, neben den bankfachlichen Kenntnissen das Wissen um die Veränderungen der finanziellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen der Sozialwirtschaft aktuell zu halten. Von besonderer Bedeutung ist dabei der Austausch mit Kunden und Gremien der Bank, die Unterstützung durch ein sozialwirtschaftliches Research sowie regelmäßige Mitarbeiterschulungen zu den Entwicklungen in den Einzelbranchen der Sozialwirtschaft. Im Kreditgeschäft wird bereits seit Herbst 2004 ein internes Basel-II-fähiges Ratingsystem eingesetzt, das sowohl bei der Bewertung der hard facts als auch bei den soft facts die Spezifika sozialwirtschaftlicher Kunden berück-

sichtigt. Ergänzt wurde dieses im Berichtsjahr durch ein Instrumentarium zur besseren Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit der Kunden. Es besteht u. a. aus einer Standort- und Bedarfsanalyse und einer langfristigen Wirtschaftlichkeitsanalyse und wird kontinuierlich weiterentwickelt.

Die traditionell in der Zentrale angesiedelte Anlageberatung ist im Berichtsjahr verstärkt in die Geschäftsstellen verlagert worden. Die größere Kundennähe, verbunden mit den sich ändernden Marktbedingungen, die sich u. a. in dem Stiftungsgründungsboom der letzten Jahre ausdrücken, eröffnet neue Chancen zur Verbesserung des Provisionsgeschäfts.

Im Zahlungsverkehr setzt die Bank für Sozialwirtschaft AG auch künftig auf innovative Produktentwicklungen, eine schnelle technische Abwicklung sowie sehr kostengünstige Angebote. Hinzu kommen zahlreiche Spezial-Dienstleistungen für Spendenorganisationen. Der Erfolg dieser Strategie zeigt sich in einem seit Jahren stetigen Wachstum im kurzfristigen Geschäft.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft AG für das laufende Geschäftsjahr von einer weiterhin sehr erfolgreichen Entwicklung aus.

Berlin/Köln, den 3. April 2006

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt Dietmar Krüger

EINBLICKE

INTERNE PROJEKTE

Bis zum 30. Juni 2006 wird sich die Bank für Sozialwirtschaft AG im Rahmen eines 20-monatigen Gesamtprojektes den softwaretechnischen Anforderungen stellen, die zum einen aufgrund veränderter Marktentwicklungen, zum anderen aufgrund gesetzlicher Regelungen für die Finanzwirtschaft zu erfüllen sind, um künftig leistungsfähig zu bleiben. Für zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist dies mit einem hohen Arbeitsaufwand verbunden, der inhaltlich und zeitlich weit über ihre eigentlichen Aufgaben hinausgeht.

Bereits seit Anfang November 2004 läuft der Prozess der umfassenden Erneuerung der bisherigen Bankensoftware ProvideX durch die Einführung der Standardsoftware SAP. Im Berichtsjahr wurden zunächst die betriebswirtschaftlichen Anforderungen der Bank an die neue Software ausgearbeitet und dokumentiert. Sie bildeten die Grundlage für die technische Anpassung der von SAP vorgegebenen Standards an die Bedürfnisse der Bank. Teilweise gingen die Anforderungen weit über diese Standards hinaus und waren daher mit erheblichem Programmieraufwand verbunden. Weitere Schwerpunkte des Projekts waren die Übertragung der Daten aus dem bisherigen System in SAP sowie umfangreiche Tests der einzelnen Softwarekomponenten. Derzeit werden die geleisteten Entwicklungen durch die Fachbereiche in ihrem Gesamtzusammenspiel getestet. Zugleich läuft die detaillierte technische und organisatorische Vorbereitung des Produktivbetriebes, der am 1. Juli 2006 starten soll.

Parallel zur Einführung von SAP erfolgt die datentechnische Vorbereitung der Banksysteme auf die gesetzlichen und betriebswirtschaftlichen Anforderungen an die BFS, die sich unter anderem durch die Einführung von Basel II ergeben. Z. B. gibt es künftig sehr detaillierte Vorgaben,

wie Banken die Risiken ihrer Geschäftstätigkeit (Kreditrisiko, Zinsänderungsrisiko etc.) zu messen haben und wie darüber zu berichten ist. Um die damit verbundenen Vorgaben erfüllen zu können, wurde eine Neukonzeption und Realisierung eines Datawarehouse erforderlich, das alle Einzeldaten aus dem Kunden- und Eigengeschäft der Bank enthält. Das Datawarehouse wird künftig die Schnittstelle von SAP zu den Anwendungen im Controlling und dem aufsichtsrechtlichen Meldewesen der Bank bilden.

Für den Bereich Controlling bedeutet das eine Erweiterung der bisher eingesetzten betriebswirtschaftlichen Steuerungsinstrumente des „Zentrums für ertragsorientiertes Bankmanagement (zeb)“ um spezielle Anwendungen z. B. für das Kreditrisiko, für die operationellen Risiken der Bank und für eine verbesserte Vorkalkulation, Kundenkalkulation und Profitcenter-Rechnung. Im Bereich Meldewesen werden die bisher eingesetzten Eigenentwicklungen durch die Standardsoftware ABACUS/DaVinci der Firma BearingPoint abgelöst. Damit verabschiedet sich die Bank für Sozialwirtschaft AG insgesamt von ihren Eigenentwicklungen und setzt künftig auf Standardsoftwareprodukte.

Die Umsetzung dieser komplexen Aufgabenstellung geschieht im Projekt „Unternehmenssteuerung / Basel II“. Es verläuft parallel und eng verzahnt mit dem SAP-Projekt. Beide Projekte werden – bedingt durch die zahlreichen Schnittstellen – zeitgleich am 1. Juli 2006 produktiv geschaltet.

ENTWICKLUNG DER TOCHTERUNTERNEHMEN

BFS SERVICE GMBH

Das Geschäftsjahr 2005 brachte für die BFS Service GmbH eine weitere Expansion mit sich. Äußerlich sichtbar wurde diese am Umzug des Unternehmens in größere Räumlichkeiten im Kölner Mediapark. Intern sprechen die Zahlen ein deutliches Bild: So stieg der Umsatz gegenüber dem Vorjahr um 10,4 %. Weitere Zuwächse waren vor allem im Bereich Online-Factoring, aber auch bei den Betriebsvergleichen zu verzeichnen. Die Auslastung der Seminare ging leicht zurück.

ONLINE-FACTORING

Das Online-Factoring etablierte sich nach der immensen Expansion der Anfangsjahre im letzten Geschäftsjahr auf einem hohen Niveau. Nachdem die Entwicklung einer vollständigen Produktpalette für die Leistungsbereiche der Sozialwirtschaft im Jahr 2004 abgeschlossen worden war, sind die Steigerungsraten in der Neukundengewinnung im Berichtsjahr zwangsläufig etwas moderater geworden. Dennoch sind weiterhin beträchtliche Zuwächse (+ 17 %) zu verzeichnen. Da sich der Vorfinanzierungsbedarf von Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens kontinuierlich erhöht und zugleich die Kostenträger eine zunehmende Tendenz zur Verlängerung der Zahlungsziele zeigen, steigt der Bedarf an Vorfinanzierungen und damit die Nachfrage nach Online-Factoring stetig an.

FORTBILDUNG

Im Fortbildungsbereich verzeichnete die BFS Service GmbH im Jahr 2005 einen leichten Rückgang. Damit wurde das Tochterunternehmen der BFS erstmals von dem seit Jahren zu verzeichnenden Branchentrend eingeholt. Dennoch besuchten im letzten Jahr rund 1.800 Teilnehmerinnen und

Teilnehmer die Ein- und Zweitagesseminare zu sozialwirtschaftlichen Fachthemen. Dabei setzte sich die Tendenz der Vorjahre fort, dass betriebswirtschaftliche und juristische Fragestellungen auf eine wesentlich höhere Nachfrage stießen als Angebote zu „weichen“ Themen.

Die sich verändernden Anforderungen in der Sozialwirtschaft und die betriebswirtschaftlichen Professionalisierungsprozesse in sozialen Unternehmen stehen seit vielen Jahren im Mittelpunkt der Seminarangebote der BFS Service GmbH. Über eine intensive Markt- und Umfeldbeobachtung, die durch ein dichtes Netz von internen und externen Partnern unterstützt wird, greift das Unternehmen interessante und zukunftsweisende Themen frühzeitig auf. Ziel der BFS Service GmbH ist es, als erster Anbieter mit praxisorientierten Seminaren und Tagungen zu neuen Fragestellungen am Markt zu sein und so ihre Attraktivität ständig zu erhöhen.

Im Berichtsjahr gelang dies vor allem mit den Seminaren „Leistungsorientierte Mitarbeitervergütung – zukünftig auch in der Sozialwirtschaft“ und „Umsatzsteuerrecht für gemeinnützige Organisationen“. Ersteres bot lange vor Inkrafttreten des Tarifvertrags des öffentlichen Dienstes (TVöD) praxisorientierte Informationen zu dessen Inhalten und Möglichkeiten. Letzteres stellte vor dem Hintergrund verstärkter Prüfungen durch den Fiskus Gestaltungsoptionen des Umsatzsteuerrechts umfassend vor.

BETRIEBSVERGLEICHE

Mehr als 8.000 Teilnehmer haben sich in den vergangenen neun Jahren an den Betriebsvergleichen für die ambulante und die stationäre Altenhilfe sowie für Werkstätten für behinderte Menschen beteiligt, teilweise über mehrere Jahre hinweg. Ihre Erfahrungen haben gezeigt, dass die Betriebsvergleiche dem Management nicht nur Hinweise

auf Verbesserungspotenziale geben, sondern auch Veränderungen in den Einrichtungen auslösen. In den letzten Jahren jedoch wird immer deutlicher, dass ein rein datengestütztes Benchmarking, wie es die Betriebsvergleiche bieten, durch qualitative Faktoren ergänzt werden muss. Im ersten Schritt arbeitete die BFS Service GmbH daher seit einigen Jahren mit Benchmarkingkreisen, die einen persönlichen Austausch der Teilnehmer ermöglichen.

Im zweiten Schritt hat sie im Frühjahr 2006 ein qualitätsorientiertes Benchmarking für Wohnstätten der Behindertenhilfe auf den Markt gebracht. Es wurde in Zusammenarbeit mit dem „Bundesverband evangelische Behindertenhilfe“, der „Caritas Behindertenhilfe und Psychiatrie“ und der „xit GmbH“ entwickelt. Hier werden nicht nur betriebs- und personalwirtschaftliche Input-Daten verglichen, sondern auch Prozess- und Ergebnisdaten. Die Datenerfassung erfolgt über eigene Server im Internet.

AUSBLICK

Ihre Geschäftsperspektiven für die nächsten Jahre schätzt die BFS Service GmbH weiterhin positiv ein. Insbesondere die Nachfrage nach Online-Factoring wird aufgrund der noch enger werdenden finanziellen Spielräume für Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens auch in den nächsten Jahren stark steigen. Im Bereich der Seminare rechnet die BFS Service GmbH auf der Basis ihrer Marktposition mit einer moderat erfreulichen Entwicklung. Im Bereich der Betriebsvergleiche greift sie mit neuen Angeboten die erhöhte Bedeutung des Benchmarkings in der Sozialwirtschaft auf und will so ihre Stellung als anerkannter Partner im Markt weiter ausbauen.

IS IMMOBILIEN-SERVICE GMBH

Die Anforderungen an betriebswirtschaftliche Dienstleistungen für Sozialimmobilien sind im vergangenen Jahr weiter gewachsen. Daher stieg die Nachfrage nach den Angeboten der IS Immobilien-Service GmbH erneut an. Hintergrund für diese Entwicklung ist unter anderem der zunehmende Wettbewerb z. B. im Bereich der stationären Einrichtungen für Senioren. Auch wenn die demographische Entwicklung in diesem Feld insgesamt einen steigenden Bedarf nahe legt, gibt es bereits Standorte, die eine Marktsättigung zeigen. Bei Neuinvestitionen ist daher noch mehr als früher eine verlässliche Datenbasis erforderlich, die sowohl dem Investor als auch der finanzierenden Bank die Zukunftsaussichten der Einrichtung nachvollziehbar darstellt.

Im Jahr 2005 führte das Unternehmen daher eine innovative Standort- und Bedarfsanalyse am Markt ein. Von den zuvor vorhandenen Angeboten unterscheidet sich diese vor allem durch eine detaillierte standortspezifische Prognose der Bevölkerungsentwicklung sowie durch das systematische Herausarbeiten eines langfristig nachfragewirksamen Einzugsgebietes. Letzteres bezieht z. B. geomarketingspezifische Gesichtspunkte wie natürliche Barrieren und Verkehrsströme in die Betrachtungen ein. Das Instrument wurde von den Kunden sehr gut angenommen. Mehr als 40 Standorte wurden bewertet. Dass dabei teilweise eine Marktsättigung festgestellt werden musste, verdeutlicht die zunehmende Bedeutung von Standortanalysen. Derzeit wird die Analyse spezifiziert, um den Bedürfnissen der Kunden noch besser gerecht zu werden.

Im Geschäftsfeld der Beleihungswertgutachten waren im Berichtsjahr einige Veränderungen der Rahmenbedingungen zu verzeichnen. So wurde z. B. das Hypothekendarlehenbankgesetz, auf dessen Grundlage die Gutachten bisher erstellt

>> ZUTAT NR. 5: FLACHE HIERARCHIEN UND ENTSCHEIDUNGSKOMPETENZ

In einem sich schnell und tief greifend wandelnden Umfeld zu agieren heißt in unserem Unternehmen auch, rasch auf Wünsche reagieren zu können.

Kurze Entscheidungswege und schnellstmögliche Reaktionszeiten auf Kundenwünsche sind prioritäre Haltung der Bank für Sozialwirtschaft.

Wir haben unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dafür mit einem so hohen Maß an Entscheidungskompetenz ausgestattet, dass wir flachste Hierarchien kultivieren. Nur dort, wo gesetzliche oder aufsichtsrechtliche Belange tangiert werden, sind die erforderlichen Ebenen eingezogen.



worden waren, im Sommer 2005 gestrichen und durch das Pfandbriefgesetz ersetzt. Auch die für die Beleihungswertgutachten der IS Immobilien-Service GmbH maßgeblichen HypZert-Richtlinien wurden z. B. für den Bereich der Krankenhäuser verändert.

Nach wie vor zeigten die Beleihungswertgutachten, dass der tatsächlich zu realisierende Beleihungswert der Objekte nicht selten von den ursprünglichen Vorstellungen der Kunden abweicht, da diese sich überwiegend an den reinen Baukosten orientieren. Spätestens im Vorfeld einer Finanzierung – aber ebenso zur Unternehmensplanung – sind jedoch realistische Bewertungen des Bestands und der langfristigen Wirtschaftlichkeit entscheidend.

Im Rahmen der langfristigen Investitionsanalyse mit Hilfe des Instruments IS InvestControl erwies sich erneut, wie wichtig genaue Analysen, Planungsdaten und zukunftsorientierte Wirtschaftlichkeitsberechnungen für die langfristige Marktfähigkeit von Sozialimmobilien sind. Mit Hilfe von IS InvestControl können u. a. durch die Analyse langfristiger Risikopotenziale und durch die Einbeziehung unterschiedlicher Einflussfaktoren differenziert betriebswirtschaftliche Steuerungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Zunehmend wird das Instrument von den Geschäftsstellen der Bank für Sozialwirtschaft AG dazu genutzt, in Kooperation mit ihren Kunden eine Optimierung der Planung zu erreichen.

AUSBLICK

Im laufenden Geschäftsjahr wird die IS Immobilien-Service GmbH eine neue Wertermittlungssoftware einführen. Dadurch soll der Bearbeitungsprozess optimiert und die Zusammenarbeit mit externen Gutachtern verbessert werden. Zudem arbeitet das Unternehmen an einem Angebot, das bei der Bewältigung des bei Sozialimmobilien häufig anzutreffenden Investitionsstaus helfen soll.

Geplant ist, zunächst auf der Basis einer Begutachtung des Objekts den Sanierungsbedarf zu ermitteln. Sodann soll die Wettbewerbssituation vor Ort analysiert werden. Anschließend sollen die Kunden eine Handlungsempfehlung bekommen, die gegebenenfalls auch die Quantifizierung des erforderlichen Investitionsvolumens beinhaltet.

» BERICHT DES AUFSICHTSRATES

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und aufgrund schriftlicher Berichte vom Vorstand umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsvorfälle, Geschehnisse und Fragestellungen informieren lassen.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat er wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Kreditausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Der Jahresabschluss 2005 wurde von der Ernst & Young AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft / Steuerberatungsgesellschaft, Eschborn / Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat das Ergebnis des Abschlussprüfers ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen und billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2005. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

Köln, den 16. Mai 2006
Der Aufsichtsrat

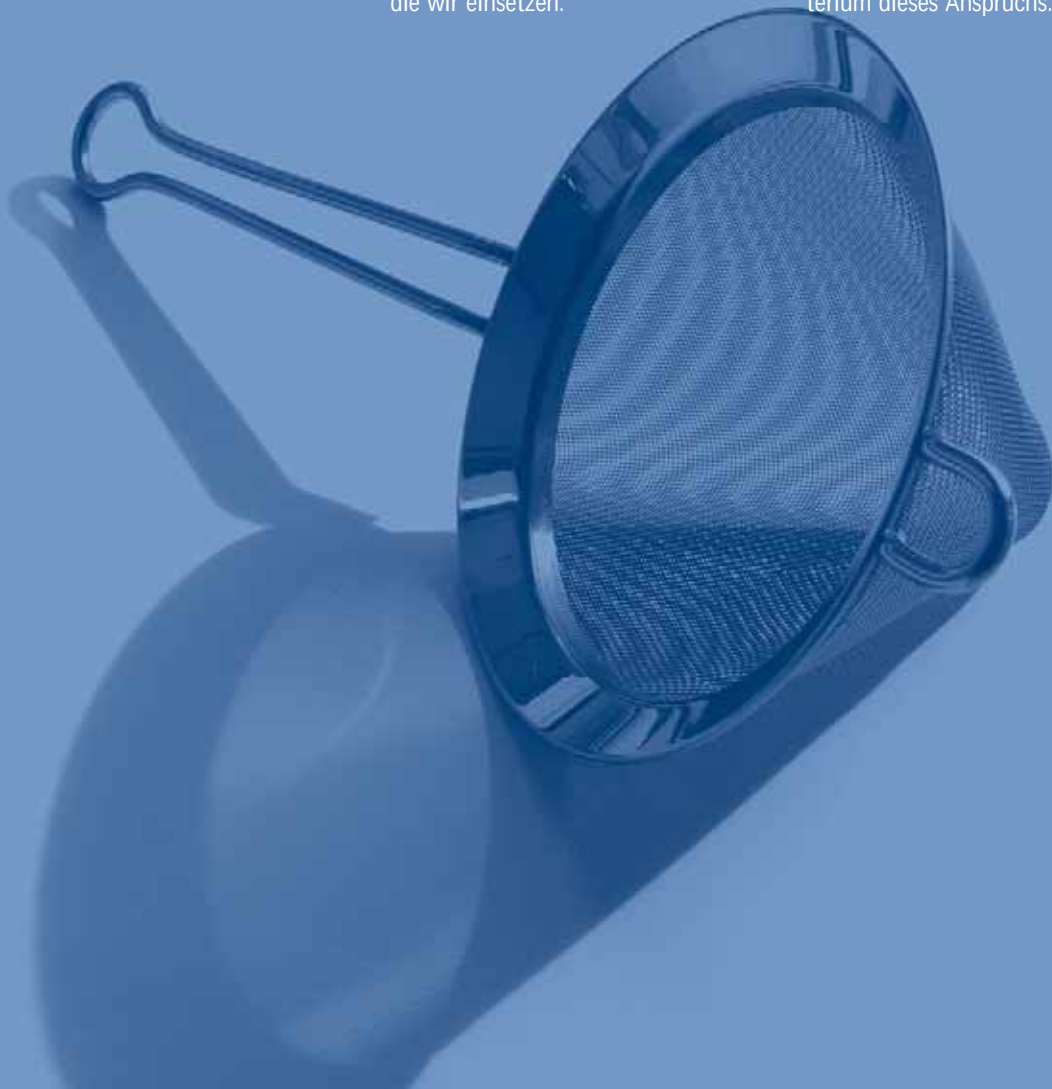
>> ZUTAT NR. 6: KONZENTRATION UND KOMMUNIKATION

Trotz gelegentlicher Versuchungen, andere und neue Geschäftsfelder zu besetzen, ist die Geschäftspolitik der BFS klar strategisch ausgerichtet. Konzentration auf das Kerngeschäft und auf unsere Kernzielgruppe: Einrichtungen und Organisationen des Sozial- und Gesundheitswesens. In deren Fragen kennen wir uns aus, hier liegt unsere Kernkompetenz.

Und diese Kompetenz gilt es täglich unter Beweis zu stellen, sie gilt es ständig zu verdeutlichen. Dafür ist Kommunikation erforderlich, auf allen Ebenen und in allen Medien, die wir einsetzen.

Ob eigene oder externe Publikationen, ob Inter- oder Intranet, ob konventionelle oder elektronische Medien – auf allen Kanälen versuchen wir eine klare und offene Sprache zu sprechen. Das gilt erst recht für das im persönlichen Gespräch Gesprochene.

Kommunikation bedeutet auch „in Verbindung sein und bleiben“. Die Tatsache, dass die überwiegende Mehrheit unserer Kunden uns seit vielen Jahren, teilweise seit Jahrzehnten freundschaftlich gewogen ist, werten wir als ein wichtiges Kriterium dieses Anspruchs.



» JAHRESBILANZ

**ZUM 31. DEZEMBER 2005
DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG,
BERLIN/KÖLN**

JAHRESBILANZ

ZUM 31. DEZEMBER 2005 DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG, BERLIN/KÖLN

AKTIVSEITE	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		668.127,45		659
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		<u>130.511.316,25</u>	131.179.443,70	81
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	<u>130.511.316,25</u>			(81)
2. Schultitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schultitel öffentlicher Stellen		-,-		-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-,-			(-)
b) Wechsel		-,-	-,-	-
darunter: bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	-,-			(-)
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		165.683,08		40.280
b) andere Forderungen		<u>115.386.788,89</u>	115.552.471,97	70.703
4. Forderungen an Kunden			1.920.893.771,76	1.820.865
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	566.024.823,11			(524.372)
Kommalkredite	198.140.887,05			(270.719)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			(-)
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			(-)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		652.797.496,71		390.550
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	652.797.496,71			(390.550)
bb) von anderen Emittenten		864.855.936,20		1.034.219
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	859.791.943,50			(1.024.136)
c) eigene Schuldverschreibungen		<u>226.600,00</u>	1.517.880.032,91	205
Nennbetrag	226.600,00			(205)
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			307.667.992,57	225.269
7. Beteiligungen			3.092.828,74	762
darunter: an Kreditinstituten	513.891,88			(511)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			(-)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			10.431.363,56	8.035
darunter: an Kreditinstituten	-,-			(-)
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			(-)
9. Treuhandvermögen			173.648.678,27	167.533
darunter: Treuhandkredite	173.648.678,27			(167.533)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte			10.217.214,46	3.200
12. Sachanlagen			29.636.811,68	29.019
13. Ausstehende Einlagen auf das gezeichnete Kapital			-,-	-
darunter: eingefordert	-,-			(-)
14. Eigene Aktien oder Anteile			-,-	7
Nennbetrag	-,-			(2)
15. Sonstige Vermögensgegenstände			5.928.664,77	3.381
16. Rechnungsabgrenzungsposten			2.743.769,05	2.073
17. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			-,-	-
SUMME DER AKTIVA			4.228.873.043,44	3.796.841

PASSIVSEITE	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig		117.303.754,40			91.909
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		<u>1.220.540.626,62</u>	1.337.844.381,02		1.065.425
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	65.867.547,08				64.586
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	<u>15.499.403,01</u>	81.366.950,09			16.506
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	1.240.968.721,82				1.218.626
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	<u>1.116.452.787,82</u>	<u>2.357.421.509,64</u>	2.438.788.459,73		954.298
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen		30.196.524,71			34.875
b) andere verbrieftete Verbindlichkeiten		-,-	30.196.524,71		-
darunter:					
- Geldmarktpapiere	-,-				(-)
- eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-				(-)
4. Treuhandverbindlichkeiten			173.648.678,27		167.533
darunter: Treuhandkredite	173.648.678,27				(167.533)
5. Sonstige Verbindlichkeiten			4.559.023,12		4.727
6. Rechnungsabgrenzungsposten			3.192.814,04		3.476
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		5.526.088,00			5.397
b) Steuerrückstellungen		4.130.984,00			7.569
c) andere Rückstellungen		<u>16.262.984,04</u>	25.920.056,04		9.907
8. Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-		-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten			53.515.897,37		38.181
10. Genussrechtskapital			32.324.210,69		12.948
darunter:					
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	-,-			(	3.323)
11a. Fonds für allgemeine Bankrisiken			5.200.000,00		5.200
11b. Sonderposten aus Währungsumrechnung			-,-		-
12. Eigenkapital					
a) gezeichnetes Kapital		36.400.000,00			33.280
b) Kapitalrücklage		43.263.228,45			31.623
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage	-,-				-
cb) Rücklage für eigene Anteile	-,-				7
cc) satzungsmäßige Rücklagen	-,-				-
cd) andere Gewinnrücklagen	<u>27.250.00,00</u>	27.250.000,00			13.193
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		<u>16.769.770,00</u>	123.682.998,45		17.575

SUMME DER PASSIVA			4.228.873.043,44		3.796.841
1. Eventualverbindlichkeiten		Euro	Euro		Vorjahr TEUR
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechslen		-,-			-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen		51.321.949,82			51.550
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten		-,-	51.321.949,82		-
2. Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften		-,-			-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen		-,-			-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen		<u>180.657.673,00</u>	180.657.673,00		253,199

» ZUTAT NR. 7: TECHNIK UND STEUERUNG

Was nutzen die besten Zutaten, wenn deren Komposition bzw. deren Zubereitung nicht stimmen? Was nutzen die besten Produkte und Angebote, wenn das, was im Hintergrund eines Kreditinstitutes organisiert wird, nicht optimal verzahnt ist?

Es ist nicht nur der wachsende Maschinenpark der Informationstechnologie, der ständig neue Herausforderungen bietet, es sind nicht nur die immer wieder neuen rechtlichen Rahmenbedingungen, die zu Anpassungserfordernissen führen, sondern es sind auch die von unseren Kunden formulierten Wünsche.

Auf all dies zu reagieren und unsere Ressourcen auf dem aktuellen Stand zu halten ist eine Herausforderung. Eine andere ist es, das gesamte Unternehmen BFS so zu steuern, dass herausragende Ergebnisse erzielt werden können.

Wir legen schon immer großen Wert auf zeitgemäße und moderne Technologien und auf optimierte Betriebsabläufe. Häufig war die BFS in der Vergangenheit Vorreiter oder Pilotanwender für unterschiedliche Projekte.

Zukunftsweisende Vorhaben haben wir ebenso realisiert wie eine unserem Kundenkreis angepasste technische Infrastruktur. Denn es sind immer auch die spezifischen Anforderungen und Bedingungen der Sozialwirtschaft, die die Verzahnung unterschiedlicher (Software-) Bereiche zu einem funktionierenden Ganzen erfordern. Unsere Module für die Unternehmenssteuerung sind zukunftsfest.

Dies wird auch in Zukunft sichergestellt, mit Software und mit Hardware, aber auch mit einer Mitarbeiterzahl, die derartige Bereiche kompetent organisieren kann.

Solche Arbeiten sind für die Kunden kaum wahrnehmbar. Vielleicht gerade deshalb sind diese Bereiche für das Gesamtergebnis wichtig.



>> GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

**DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG,
BERLIN/KÖLN
VOM 1. JANUAR 2005 BIS 31. DEZEMBER 2005**

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG, BERLIN/KÖLN FÜR DIE ZEIT VOM 1. JANUAR 2005 BIS 31. DEZEMBER 2005

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	105.333.541,79			96.152
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	46.466.763,35			49.439
		151.800.305,14		145.591
2. Zinsaufwendungen		<u>96.333.333,14</u>		<u>91.810</u>
		55.466.972,00		53.781
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		7.867.400,23		5.694
b) Beteiligungen		30,00		-
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		<u>409.668,36</u>	8.277.098,59	355
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinn- abführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen			819.885,54	841
5. Provisionserträge		7.109.444,55		5.694
6. Provisionsaufwendungen		<u>1.355.593,88</u>	5.753.850,67	1.105
7. Nettoertrag aus Finanzgeschäften			74.079,64	60
Nettoaufwand aus Finanzgeschäften			-,-	-
8. Sonstige betriebliche Erträge			1.648.765,38	1.883
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil			-,-	-
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	17.191.783,49			16.252
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung darunter: für Altersversorgung Euro 1.332.821,51	<u>3.671.908,24</u>	20.863.691,73		4.053 (1.759)
b) andere Verwaltungsaufwendungen		<u>15.459.019,36</u>	36.322.711,09	11.636
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			3.107.088,09	3.072
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.188.751,81	1.347
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		5.597.171,53		-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft			-,-	131
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere				-
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		<u>2.772.465,97</u>	2.772.465,97	383
17. Aufwendungen aus Verwaltungsvermögen				

17.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	-,-	-
18.	Einstellungen in Sonderposten mit Rücklageanteil	-,-	=
19.	Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	28.597.394,37	31.357
20.	Außerordentliche Erträge	-,-	-
21.	Außerordentliche Aufwendungen	-,-	-
22.	Außerordentliches Ergebnis	-,-	-
23.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	11.780.369,36	13.729
24.	Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	52.332,01	60
25.	Erträge aus Verlustübernahme	-,-	-
26.	Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-,-	-
27.	Zuführungen zu dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-,-	-
28.	Entnahmen aus dem Fonds für allgemeine Bankrisiken	-,-	=
29.	Jahresüberschuss	16.764.693,00	17.568
30.	Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	14.055.077,00	5.507
		30.819.770,00	23.075
31.	Entnahmen aus der Kapitalrücklage	-,-	=
		30.819.770,00	23.075
32.	Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a)	aus der gesetzlichen Rücklage	-,-	
b)	aus der Rücklage für eigene Anteile	7.347,00	
c)	aus satzungsmäßigen Rücklagen	-,-	
d)	aus anderen Gewinnrücklagen	7.347,00	7
		30.827.117,00	23.082
33.	Entnahmen aus Genussrechtskapital	-,-	=
		30.827.117,00	23.082
34.	Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a)	in die gesetzliche Rücklage	-,-	
b)	in die Rücklage für eigene Anteile	-,-	7
c)	in satzungsmäßige Rücklagen	-,-	
d)	in andere Gewinnrücklagen	14.057.347,00	5.500
		16.769.770,00	17.575
35.	Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals	-,-	=
36.	Bilanzgewinn	16.769.770,00	17.575

>> ANHANG 2005

DER BANK FÜR SOZIALWIRTSCHAFT AG BERLIN/KÖLN

A. ALLGEMEINE ANGABEN

Die gesetzlich geforderten Angaben zu einzelnen Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung werden grundsätzlich im Anhang erläutert.

B. ERLÄUTERUNGEN ZU DEN BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSMETHODEN

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Dabei werden die steuerlich zulässigen Abschreibungssätze zugrunde gelegt. Darüber hinaus wurden Sonderabschreibungen vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Begebene Forderungen sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Teilwert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus dem Handelsbestand und der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt. Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Für ungewisse Verbindlichkeiten wurden Rückstellungen in angemessener Höhe gebildet. Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und in steuerlich zulässiger Höhe eingestellt. Aufgrund geänderter biometrischer Rechnungsgrundlagen kamen neben den bisherigen Heubeck Richttafeln 1998 die neuen Heubeck Richttafeln 2005 G zur Anwendung. Die in einer Vergleichsrechnung ermittelten Auflösungsbeträge haben wir auch handelsrechtlich in analoger Anwendung des § 6a Abs. 4 EStG auf drei Jahre verteilt.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäfts.

C. ENTWICKLUNG DES ANLAGEVERMÖGENS 2005

a) Sachanlagen/ Immaterielle Anlagewerte	Immaterielle Anlagewerte	Grundstücke und Gebäude	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Summe a
in EUR				
Anschaffungs-/ Herstellungskosten	5.552.590	43.733.670	13.868.400	63.154.660
Zugänge	7.562.468	289.472	3.013.958	10.865.898
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-81.752	-	81.752	-
Abgänge	579	-	660.186	660.765
Abschreibungen kumuliert	2.815.513	20.337.267	10.352.987	33.505.767
Buchwerte am Bilanzstichtag	10.217.214	23.685.875	5.950.937	39.854.026
Abschreibungen Geschäftsjahr	545.541	1.017.452	1.544.095	3.107.088

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in den Zugängen des Berichtsjahres mit Euro 36.249 enthalten.

b) Finanzanlagen	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen	Summe b
in EUR				
Anschaffungskosten einschließlich Veränderungen (saldiert)	-	3.092.829	10.431.364	13.524.193
Buchwerte am Bilanzstichtag	-	3.092.829	10.431.364	13.524.193
Anschaffungs- und Herstellungskosten	- Summe a und b -			76.678.853
Buchwerte am Bilanzstichtag	- Summe a und b -			53.378.219

D. ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ UND ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

I BILANZ

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Forderungen haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
Andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	90.386.789	25.000.000	0	0
Forderungen an Kunden (A 4)	132.303.151	95.367.149	572.047.845	1.023.287.445

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind Euro 97.888.182 Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen Anleihen und Schuldverschreibungen sind im Folgejahr fällig:

in EUR	
Anleihen und Schuldverschreibungen von öffentlichen Emittenten	207.340.746
Anleihen und Schuldverschreibungen von anderen Emittenten	212.940.737

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen		Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen	
in EUR	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Forderungen an Kunden (A 4)	9.925.713	10.397.236	12.648.065	13.225.383

Daneben bestanden im Treuhandgeschäft Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von Euro 4.613.952 (Vorjahr: Euro 5.232.589).

- In folgenden Posten sind enthalten:

	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht mit dem Niederstwert bewertete börsenfähige Wertpapiere
in EUR				
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	1.517.653.433	1.477.505.090	40.148.343	0
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	24.317.641	24.317.641	0	0
Beteiligungen (A 7)	-	-	-	
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	-	-	-	

- Weitere Angaben zu den Wertpapieren
In den Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren sind keine nachrangigen Vermögensgegenstände enthalten.
- Besitz von Kapitalanteilen in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital	Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses	
	%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
Direkt					
- BFS BETRIEBS- UND FINANZWIRTSCHAFTLICHER SERVICE GMBH, Köln	100,0	2005	51	2005	-
- IS Immobilienfonds 6 GbR	86,5	2005	13.755	2004	-451
Indirekt					
- IS IMMOBILIEN-SERVICE GMBH, Köln	100,0	2005	2.942	2005	193

Der Gewinn 2005 der BFS BETRIEBS- UND FINANZWIRTSCHAFTLICHER SERVICE GMBH in Höhe von Euro 819.886 wurde im Rahmen des bestehenden Ergebnisabführungsvertrages an die Bank abgeführt und ist in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Die Liquidation der LOG-Lotterie-Organisationsges. mbH, Düsseldorf, ist beendet. Die Eintragung der Löschung im Handelsregister erfolgte am 26.1.2005.

Alle Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung der Tochtergesellschaften verzichtet.

Weitere Beteiligungen bestehen

- a) an der Bürgschaftsbank für Sozialwirtschaft GmbH, Köln, in Höhe von TEUR 518 (Anschaffungskosten TEUR 511). Gemessen am Stammkapital dieser Gesellschaft von TEUR 7.635 entspricht dies einem Anteil von 6,78 %.
- b) an der VIFA Pensionsfonds AG, Berlin, in Höhe von TEUR 250. Gemessen am Grundkapital dieser Gesellschaft von TEUR 5.000 entspricht dies einem Anteil von 5,00 %.
- c) an der WGZ Beteiligungs GmbH & Co.KG, Düsseldorf, in Höhe von TEUR 2.328. Gemessen am Kommanditkapital dieser Gesellschaft von TEUR 2.500.363 entspricht dies einem Anteil von 0,09 %. Diese Beteiligung wurde im abgelaufenen Geschäftsjahr eingegangen. Dabei wurde eine Sacheinlage in Form von Aktien der WGZ-Bank AG, Düsseldorf, sowie eine Bareinlage von Euro 100 getätigt.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Treuhandkredite und –verbindlichkeiten gliedern sich wie folgt:

in EUR	
Forderungen an Kunden	173.648.678
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	217.021
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	173.431.657

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von Euro 173.431.657 ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen Euro 217.021.

- Im Aktivposten 12 (Sachanlagen) sind enthalten:

in EUR	
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	23.312.391
Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.950.937

- Im Posten „Sonstige Vermögensgegenstände“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
Aktivwerte Rückdeckungsversicherung	930.927
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	1.059.839
Steuererstattungsansprüche	2.675.869

- Im Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von Euro 816.239 (Vorjahr Euro 541.148) enthalten.

Bedeutendster Einzelposten ist eine Upfront-Zahlung im Zusammenhang mit einem Zinssatzwapgeschäft in Höhe von Euro 562.598 (Vorjahr Euro 628.786).

- Die in der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten haben folgende Restlaufzeiten:

	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
in EUR				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	271.169.017	225.513.989	327.247.593	396.610.027
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2ab)	435.064	13.329.608	1.734.731	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 2bb)	1.019.260.139	27.473.253	50.485.309	19.234.087

- Von den begebenen Schuldverschreibungen (P 3a) werden im auf den Bilanzstichtag folgenden Jahr Euro 4.329.042 fällig.
- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von Euro 2.403.408.956 als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von Euro 1.166.070.123.
- Im Posten „Sonstige Verbindlichkeiten“ sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in EUR	
noch nicht beglichene Rechnungen	1.635.063
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	114.184
Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge	933.038
Zinsanteile für Genussrechte	1.152.412
Verbindlichkeiten Sicherheitseinbehalt Bauvorhaben	98.605
Steuerverbindlichkeiten	541.062

- Im Passiven Rechnungsabgrenzungsposten (P 6) sind Disagiobeträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von Euro 2.700.018 (Vorjahr Euro 2.938.490) enthalten.

- Angaben zu Passivposten 9 (Nachrangige Verbindlichkeiten)

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von EUR 2.519.722 an.

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Nominalbetrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
8.000.000	Euro	4,09 %	20.10.2015

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Die Nachrangigkeit ist wie folgt geregelt:

Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

- Das Genussrechtskapital der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

Emission 1997:	Nennbetrag	EUR	5.624.211
Emission 2002:	Nennbetrag	EUR	4.000.000
Emission 2005:	Nennbetrag	EUR	22.700.000

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen sind:

in EUR	Verbindlichkeit gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeit gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1)	-	-	49.015	1.893.044
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	4.924.657	5.198.008	159.333.778	91.723.243

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank
- sind die folgenden Eventualverbindlichkeiten (Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungen Euro 51.321.950
- sind die folgenden „Anderen Verpflichtungen“ (Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich) von wesentlicher Bedeutung (Art und Betrag):
Unwiderrufliche Kreditzusagen Euro 180.657.673

II GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind, wurden folgende Erträge erzielt:

in EUR	
Verwaltungs- / Treuhandkredite	1.546.208
Wertpapiergeschäft	3.352.762

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. der Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten (Art und Betrag):

sonstige betriebliche Erträge	
Auflösung sonstige Rückstellungen	192.827
Miet- und Pachterträge	920.195

sonstige betriebliche Aufwendungen	
Zuführung sonstige Rückstellung	841.635

- Steuerrechtliche Sonderabschreibungen wurden im Geschäftsjahr in Höhe von Euro 74.649 vorgenommen (Vorjahr Euro 74.649). Für künftige Jahresabschlüsse ergeben sich hieraus keine erheblichen Belastungen.
- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

E. SONSTIGE ANGABEN

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogene Termingeschäfte:

Volumen im Derivatgeschäft per 31.12.2005 in Mio. Euro					
Zinsbezogene Geschäfte	Nominalbetrag			Summe	Beizulegender Zeitwert
	Restlaufzeit bis 1 Jahr	Restlaufzeit 1-5 Jahre	Restlaufzeit mehr als 5 Jahre		negativ (-)
OTC Produkte Zinsswaps (gleiche Währung)	-	173	398	571	-34
OTC Produkte Forward-Darlehen	-	0,4	23,7	24,1	2,7

Die Zinsswaps und Forward-Darlehen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (cash flows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert. Dem negativen beizulegenden Zeitwert aus Zinsswaps stehen stille Reserven der abgesicherten Geschäfte gegenüber.

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Achtfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,5 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2005 maximal Euro 5.389.880 betragen.
Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2005 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.
- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2005 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß § 6a EStG ermittelten Barwertes von Euro 1.909.791. Für frühere Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. Beirates bestehen solche Verpflichtungen nicht.
Für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrug die Jahresvergütung Euro 100.656, für die des Beirates Euro 7.683.
- Am Bilanzstichtag betrugen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in EUR	
Mitglieder des Vorstandes	146
Mitglieder des Aufsichtsrates	171.177
Mitglieder des Beirates	57.630

- Nicht in der Bilanz ausgewiesene finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen in Höhe von Euro 5,7 Mio. aus langfristigen Mietverträgen.

- Die Zahl der 2005 durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter		
Prokuristen	4	-
Handlungsbevollmächtigte	6	-
Angestellte	210	26
	220	26
Gewerbliche Mitarbeiter	2	18
	222	44

Außerdem wurden durchschnittlich 8 Auszubildende beschäftigt.

- Das Grundkapital ist eingeteilt in 700.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurde eine Kapitalerhöhung mittels Ausgabe von 60.000 Aktien durchgeführt. Dabei flossen insgesamt Mittel von Euro 14,8 Mio. zu. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.7.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von Euro 52 je Aktie ab.
- Zum Bilanzstichtag besteht ein genehmigtes Kapital von Euro 16,64 Mio. Der Vorstand ist ermächtigt, bis 15. Juni 2010 diese Kapitalerhöhung durch einmalige oder mehrmalige Emission neuer Aktien durchzuführen.

Zum 31.12.2005 befinden sich keine eigenen Aktien im Bestand. Die 31 eigenen Aktien, welche am 31.12.2004 im Bestand waren, wurden im Geschäftsjahr zu einem Preis von Euro 246,-- pro Aktie veräußert. Der auf diese Aktien entfallene Betrag des Grundkapitals belief sich auf Euro 1.612,--.

Der Veräußerungserlös wurde dem Betriebsergebnis zugeführt.

Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 15.6.2005 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben.

- Entwicklung der Rücklagen:

in EUR	Kapitalrücklage	andere Gewinnrücklage	Rücklage eigene Anteile
Stand per 01.01.2005	31.623.228	13.192.653	7.347
Zugang 2005			
- Einstellung aus dem Bilanzgewinn 2004	0	14.050.000	
- Kapitalerhöhung 2005	11.640.000		
- Umgliederung		+ 7.347	- 7.347
Abgang 2005	0		
Stand per 31.12.2005	43.263.228	27.250.000	0

NAME UND ANSCHRIFT DER PRÜFUNGSGESELLSCHAFT:

- Ernst & Young AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Mergenthalerallee 3-5
65760 Eschborn

MITGLIEDER DES VORSTANDES

- Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Bankkaufmann
- Dietmar Krüger, Bankkaufmann
- Nando E. Sawall (bis 4. Februar 2005), Bankkaufmann

MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATES

- Dr. Robert Batkiewicz, Vorsitzender, Geschäftsführer der Gesellschaft für Anstaltskredit und der Stitungen des Deutschen Caritasverbandes e. V.
- Prof. Dr. Manfred Willms, Stv. Vorsitzender, Bundesschatzmeister des Deutschen Roten Kreuzes e. V., Generalsekretariat
- Wolfgang Altenbernd, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.
- Christian Graf von Bassewitz, Persönlich haftender Gesellschafter, Bankhaus Lampe KG
- Rainer Brückers, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Bundesverband e. V.
- Dr. h. c. Jürgen Gohde, Präsident des Diakonischen Werkes der Ev. Kirche in Deutschland e. V.
- Paul-Werner Schöndorf, Finanzdirektor, Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg e. V.
- Rüdiger Schmidtchen, Stv. Hauptgeschäftsführer des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Gesamtverband e. V.
- Berthold Simons, Kaufmännischer Direktor Geschäftsführung, DRK Krankenhaus GmbH Berlin
- Dr. Wolfgang Teske, Vizepräsident und Finanzdirektor des Diakonischen Werkes der Ev. Kirche in Deutschland e. V.
- Dr. Ernst Thiemann, Geschäftsführer i. R.
- Michael Warman, Stv. Vorsitzender der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

BERLIN UND KÖLN, 20. MÄRZ 2006

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Dr. Hammerschmidt Krüger

>> BESTÄTIGUNGSVERMERK DES ABSCHLUSSPRÜFERS

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2005 bis zum 31. Dezember 2005 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie die Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Eschborn/Frankfurt am Main, den 7. April 2006

Ernst & Young AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Griess
Wirtschaftsprüfer

Binder
Wirtschaftsprüfer

» GESCHÄFTSSTELLEN UND REPRÄSENTANZEN

GESCHÄFTSSTELLEN

- 10178 Berlin | Oranienburger Straße 13/14
Telefon 030.28402-0 | Telefax 030.28402-367 | bfsberlin@sozialbank.de
- 01099 Dresden | Louis-Braille-Straße 8
Telefon 0351.89939-0 | Telefax 0351.89939-585 | bfsdresden@sozialbank.de
- 45127 Essen | Kennedyplatz 6
Telefon 0201.24580-0 | Telefax 0201.24580-644 | bfsessen@sozialbank.de
- 30177 Hannover | Podbielskistraße 166
Telefon 0511.34023-0 | Telefax 0511.34023-523 | bfs hannover@sozialbank.de
- 76135 Karlsruhe | Steinhäuserstraße 20
Telefon 0721.98134-0 | Telefax 0721.98134-688 | bfskarlsruhe@sozialbank.de
- 50668 Köln | Wörthstraße 15-17
Telefon 0221.97356-0 | Telefax 0221.97356-177 | bfskoeln@sozialbank.de
- 04109 Leipzig | Zimmerstraße 3
Telefon 0341.98286-0 | Telefax 0341.98286-543 | bfsleipzig@sozialbank.de
- 39104 Magdeburg | Fürstenwall 3
Telefon 0391.59416-0 | Telefax 0391.59416-539 | bfsmagdeburg@sozialbank.de
- 55116 Mainz | Fort-Malakoff-Park | Rheinstraße 4 G
Telefon 06131.20490-0 | Telefax 06131.20490-669 | bfsmainz@sozialbank.de
- 81679 München | Richard-Strauss-Straße 71
Telefon 089.982933-0 | Telefax 089.982933-629 | bfsmuenchen@sozialbank.de

REPRÄSENTANZEN

- 99084 Erfurt | Pfeiffersgasse 13
Telefon 0361.55517-0 | Telefax 0361.55517-20 | bfserfurt@sozialbank.de
- 22089 Hamburg | Wandsbeker Chaussee 8
Telefon 040.253326-6 | Telefax 040.253326-80 | bfshamburg@sozialbank.de
- 90489 Nürnberg | Sulzbacher Straße 42
Telefon 0911.5815-401 | Telefax 0911.5815-403 | bfsnuernberg@sozialbank.de
- 70173 Stuttgart | Königstraße 80
Telefon 0711.62902-0 | Telefax 0711.62902-40 | bfsstuttgart@sozialbank.de

EUROPA-BÜRO DER BFS

- B-1040 Brüssel | Rue de Pascale 4-6
Telefon 0032.2280277-6 | Telefax 0032.2280277-8 | bfseu@sozialbank.de

